AJB

Mitteilungen

2007/II

Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Schwerpunkt: IUSY 100

Inhalt:

Editorial 3
Alexander J. Schwitanski, IUSY 100 in Berlin 4
Roland Gröschel, Ein Jahrhundert Sozialistische Jugendinternationale (SJI). Wie die SJI entstand 6
Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Der Kampf gegen den Militarismus, gegen den Krieg, für Abrüstung und Frieden. Das Leitmotiv der 100 jährigen Geschichte der IUSY 10
Kerstin Pätzold, 100 Jahre Engagement gegen Krieg und für den Frieden. Zwischen Antimilitarismus und Entspannungspolitik: Aspekte zur Geschichte der IUSY. Tagungsbericht 14
Personen 20
Diskussion: (K)eine Teilung Polens? 21
Neue Bücher:
Matthias Warstat, Theatrale Gemeinschaften. Zur Festkultur der Arbeiterbewegung 1918-33 (*Alexander J. Schwitanski*) 24
Michael Benz, Der unbequeme Streiter. Fritz Lamm, Jude, Linkssozialist, Emigrant, 1911-1977 (*Jochen Zimmer*) 25
Birgit Bütow, Mädchen in Cliquen *(Karl Heinz Lenz*) 26
Hartmut Radebold, Gereon Heuft, u.a. (Hg.), Kindheiten im Zweiten Weltkrieg (*Sonja Schlegel*) 28
Adina Lieske, Arbeiterkultur und bürgerliche Kultur in Pilsen und Leipzig (*Alexander J. Schwitanski*) 28
Dagmar Günther, Wandern und Sozialismus. Zur Geschichte des Touristenvereins "Die Naturfreunde" im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (*Karl Heinz Lenz*) 31

Die Beiträge dieser Ausgabe stammen von:

Manfred Feustel
geb. 1936, gelernter Industriekaufmann, Betriebswirt (VWA), selbständiger Steuerberater.

Roland Gröschel
geb. 1959, Studium der Sozialpädagogik, Soziologie und der Archivwissenschaft. Geschäftsführer des POSOPA e.V., freier Sozialwissenschaftler und Publizist.

Karl Heinz Lenz
geb. 1953, Industriekaufmann, von 1979 bis 1981 Bundesvorsitzender der SJD-Die Falken, als Archäologe promoviert und habilitiert, arbeitet als Lehrer an einer Gesamtschule in Frankfurt/Main.

Kerstin Pätzold
geb. 1975, Studium der Erziehungswissenschaft, Diplom-Pädagogin, Bundessekretärin bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken (Referate Jugendpolitik und Mädchen- und Frauenpolitik).

Sonja Schlegel
geb.1955, Diplom-Sozialarbeiterin, seit 1990 Mitarbeiterin beim Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte.

Alexander J. Schwitanski
geb. 1971, Studium der Geschichte und Philosophie. Promotion im Fach Neuere Geschichte, Leiter des Archivs der Arbeiterjugendbewegung.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen
geb. 1950, Promotion im Fach Geschichte, Regionalvorsitzender des DGB in der Region Köln-Erftkreis, Vorsitzender des Förderkreises "Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung.

Jochen Zimmer
geb. 1947, Kunsthistoriker und Volkskundler, Promotion in Europäischer Ethnologie/Volkskunde, Professor am Institut für Soziologie der Universität Duisburg Essen.

Die "Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung" werden vom Förderkreis "Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung" und dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung herausgegeben.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Bodo Brücher
Alexander J. Schwitanski
Wolfgang Ullenberg-van Dawen

Archiv der Arbeiterjugendbewegung
Haardgrenzweg 77
D-45739 Oer-Erkenschwick

Tel. 02368-55993

archiv@arbeiterjugend.de

www.arbeiterjugend.de

Bankverbindung: Zeltlagerplatz e.V./Förderkreis
Konto-Nr. 701 284; BLZ 426 501 50, Sparkasse Vest Recklinghausen
IBAN DE96 4265 0150 0000 701284 SWIFT/BIC WELA DED1 REK

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Ausgabe unserer Mitteilungen hat ein neues Layout, klare Schwerpunkte und wurde nicht mehr in Heimarbeit, sondern in einer Druckerei erstellt. Wir wollen damit dem inhaltlichen Wert der Mitteilungen auch eine entsprechende Form geben. Für Rückmeldungen sind wir natürlich dankbar. Diese müssen sich nicht auf die Bewertung dieser Ausgabe beschränken, sondern können auch eigene Mitteilungen der Mitglieder des Förderkreises enthalten. Wir werden auch künftig versuchen, die Mitteilungen weiterzuenwickeln.

Dazu gehört auch, dass wir weitere Autoren für die Mitteilungen zu gewinnen suchen. Diesmal waren Jochen Zimmer und Roland Gröschel so freundlich, uns Texte zu einer Zweitverwertung zu überlassen.*

Der Vorstand des Förderkreises beschäftigt sich auch mit der Gestaltung der weiteren Schriftenreihen des Archivs. Wir wollen sie vom Layout und von ihrer Zielsetzung her ordnen, um die Ergebnisse der Tagungen und Forschungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Eine Broschüre über das Archiv und seine Bestände sowie den Förderkreis wird derzeit erstellt. Wir wollen mit dieser Broschüre nicht nur Interessierte informieren, sondern vor allem neue Mitglieder werben. Nach einer sehr umfangreichen und mühevollen Bereinigung unserer Mitgliederkartei haben wir nun den Stand von 640 Mitgliedern erreicht.

Zu Beginn der Archivtagung 2007 haben wir das 25-jährige Bestehen des Förderkreises gefeiert. Vor 50 Genossinnen und Genossen schilderte Bodo Brücher seine Entstehung und Geschichte.

Die verschiedenen Aktivitäten von Archiv und Förderkreis zum 100. Jahrestag der Sozialistischen Jugend Internationale (IUSY) bilden den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Die offizielle Broschüre der IUSY entstand durch die Hilfe des Archivs; Alexander Schwitanski und ich gestalteten den Workshop zur antimilitaristischen Tradition und das Veteranentreffen, das durch einen glücklichen Zufall eine fast lükkenlose Reihe früherer Präsidenten, Generalsekretäre und Vizepräsidenten der IUSY von der Gründung bis heute vereinte. Die Tagung befasste sich ebenfalls mit dem Kampf gegen den Militarismus und für den Frieden und schilderte die Krise und den Neubeginn der IUSY Arbeit in den Sechziger- und Siebzigerjahren.

Aus Euren Rückmeldungen wissen wir, dass die Rezensionen gut ankommen - darum auch hier wieder einige Hinweise auf lesenswerte Neuerscheinungen.

Viel Spaß beim Lesen der Mitteilungen.

Euer

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

* Es handelt sich um gekürzte Übernahmen aus der *Jungen Welt* v. 25.01.2007 ("Besonders gefährlich". Jude, Schwuler und Kommunist - in Stuttgart wird heute die überfällige Biographie von Fritz Lamm vorgestellt, v. Jochen Zimmer)und aus der Berliner Stimme v. 01., 15. u. 29.09.2007 (Grund zum Feiern: 100 Jahre IUSY v. Roland Gröschel).

Alexander J. Schwitanski

IUSY 100 in Berlin

Vom 24. bis 26. August 1907 trafen sich Vertreter sozialistischer Jugendverbände aus verschiedenen Ländern in Stuttgart, um über eine vertiefte Zusammenarbeit zu beraten. Vom 26. bis 29. August diesen Jahres trafen sich über eintausend Jugendliche aus aller Welt in Berlin, um die nun einhundert Jahre zu feiern, in denen die Sozialistische Jugendinternationale - seit der Neugründung nach dem 2. Weltkrieg heißt sie International Union of Socialist Youth (IUSY) - besteht. Heute handelt es sich bei der IUSY um eine der größten internationalen Jugendorganisationen weltweit, die mehr als 140 Mitgliedsorganisationen aus über einhundert Ländern vereint.

Fikile Mbalula (l), amtierender Präsident der IUSY und Sven Frye, Bundesvorsitzender der SJD-Die Falken bei der Eröffnungfeier in Berlin
Foto: Carsten Höllein

Um das Jubiläum angemessen zu begehen, hatten die beiden deutschen Mitgliedsorganisationen der IUSY, Falken und JUSOS, zusammen an der Organisation der Großveranstaltung gearbeitet. Das Resultat war eine gelungene Veranstaltung, bei der die Vielfalt der IUSY sichtbar wurde. Der Postbahnhof in Berlin war ein geeigneter Veranstaltungsort, der zudem eine stimmungsvolle Kulisse bot. Auf Konferenzen und in Workshops konnten die angereisten Sozialistinnen und Sozialisten ihre Meinungen austauschen. Ein Markt der Möglichkeiten bot die Gelegenheit, sich über die Arbeit der verschiedenen nationalen Jugendorganisationen zu informieren.

Daneben gab es all das, was zu einem Jubiläum gehört: ausgelassene Feiern am Abend ebenso wie Ansprachen und Grußworte, unter anderem von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit. Im Mittelpunkt des Jubiläums stand ein Feierakt im Friedrichstadtpalast, bei dem der Österreichische Bundeskanzler und frühere IUSY-Vizepräsident Alfred Gusenbauer und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Aufgaben des Sozialismus in der heutigen Zeit beleuchteten. Die mitreißende Rede des IUSY-Präsidenten Fikile Mbalula aus Südafrika schwor die Anwesenden ein, ihren Beitrag dazu zu leisten.
Jubiläen kommen aber auch nicht ohne das Erinnern an die eigene Geschichte aus. Ein kleiner Film zeigte während des Feierakts einige Wendepunkte der hundertjährigen Geschichte der Internationalen. Nicht nur zu diesem Film hatte das Archiv der Arbeiterjugendbewegung seinen Teil beigetragen.
Neben der Versorgung der Veranstalter mit Material aus unseren Beständen waren Archiv und Förderkreis auch in der Vermittlung historischen Wissens bei der Veranstaltung selbst tätig. Schon während der Vorbereitungen der Feier war das Archiv an der Erstellung einer kleinen Ausstellung beteiligt, die am Veranstaltungsort in Berlin zu sehen war. Auf zehn Tafeln konnten die Besucher einen ersten Einstieg in die Geschichte der IUSY gewinnen. Mehrere Seminareinheiten im Vorfeld und während der Berliner Feier vertieften dann einige der Schwerpunkte der IUSY-Geschichte.
Bereits mehrere Tage vor der Eröffnung der Feier in Berlin trafen sich deutsche Falken und Genossinnnen und Genossen aus anderen Ländern im Kurt-Löwenstein-Haus in Werftpfuhl, um sich auf die bevorstehende Jubiläumsfeier vorzubereiten. In Auseinandersetzung mit verschiedenen Quellen beschäftigten sich die Jugendlichen mit den Arbeitsweisen der IUSY und den Phasen der geografischen Ausbreitung der IUSY vor historischem Hintergrund.
Während der eigentlichen Feierlichkeiten in Berlin waren aus Archiv und Förderkreis Wolfgang Uellenberg-van Dawen und Alexander Schwitanski an verschiedenen Veranstaltungen beteiligt. In zwei Workshops konnten die Besucher über die Geschichte des Antimilitarismus der IUSY als einem der wichtigen Aufgabengebiete der Internationalen diskutieren. Die von Wolfgang Uellenberg-van Dawen dazu entwickelten Thesen sind in diesem Heft abgedruckt. Es war spannend, zu sehen,

wie bedeutsam dieses alte Problem für die jungen Sozialistinnen und Sozialisten rund um die Welt immer noch ist und wie die heute ganz unterschiedlichen Problemlagen beispielsweise in Uganda, Deutschland oder Finnland zu unterschiedlichen Deutungen des traditionellen Begriffs des Antimilitarismus führten.

Nicht nur für die zahlreich angereisten früheren Präsidenten und Generalsekretäre der IUSY war das Veteranenforum neben der Feierstunde im Friedrichstadtpalast sicher ein zweiter Höhepunkt des IUSY-Jubiläums. Zwei Stunden lang tauschten sich unterschiedliche Generationen von Funktionären der IUSY - angefangen bei Bob Molenaar, dem ersten IUSY-Präsidenten nach dem 2. Weltkrieg und Oldrich Haselmann, einem tschechischen Delegierten bei der Gründungskonferenz der IUSY 1946, bis hin zu Yvonne O'Callaghan, der aktuellen Generalsekreärin - über die verschiedenen Phasen der Geschichte der IUSY aus. Das Veteranenforum war sicher kein Kolloquium, bei dem die Geschichte der IUSY kontrovers diskutiert wurde. Doch konnten verschiedene Punkte angesprochen werden, die so bislang ohne Erwähnung in der Geschichtsschreibung zur IUSY waren. So wurde zum Beispiel über die unterschiedlichen Probleme in der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Jugendgruppen in den 1970er-Jahren gesprochen oder über die besondere Perspektive, die der erste lateinamerikanische Generalsekretär Alfredo Lazzeretti in die IUSY einbrachte. Lisa Pelling, die erste Generalsekretärin der IUSY, erzählte über die Probleme weiblichen Engagements in den männlich geprägten Strukturen der IUSY und Alfred Gusenbauer über die Probleme in der Zusammenarbeit zwischen IUSY und der Sozialistischen Internationalen. Kontrovers wurde das Gespräch an dem Punkt, als Peter Schieder, Ende der 1960er-Jahre Mitglied im Finanzkomittee der IUSY, die von Alexander Schwitanski vorgelegte Deutung der Umbruchphase um 1968 in Zweifel zog.

Der Archivleiter beim Veteranenforum
Foto: Bob Molenaar

Das Veteranenforum hat ein zahlreiches und interessiertes Publikum gefunden und konnte innerhalb der großen Veranstaltung von IUSY 100 seinen eigenen Wert behaupten.

Blick in das Veteranenforum
Foto: Svenja Matusall

Roland Gröschel

Ein Jahrhundert Sozialistische Jugendinternationale (SJI). Wie die SJI entstand

Die Anfänge der SJI gestalteten sich mühsam und pannenreich. In den Mitgliederparteien der II. Internationale spielten um 1900 Fragen der Jugenderziehung und -bildung meist nur eine untergeordnete Rolle. In einigen europäischen Ländern hatten sich in den Jahren um die Jahrhundertwende sozialistische Jugendorganisationen gegründet. 1886 in Belgien die aktivistisch-antimilitaristischen "Jeune Garde Socialiste", 1893 der "Verein jugendlicher Arbeiter" in Wien und ab 1894 proletarische Jugendgruppen in Budapest, die sich als unpolitische gewerkschaftliche Bildungsvereine tarnen mussten. In Böhmen, damals noch Teil der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, lebten nach der Jahrhundertwende antimilitaristische Jugendgruppen auf. Und auch in Frankreich, Bulgarien, den Niederlanden, Italien, Schweden, Norwegen und Dänemark entstanden in den Jahren um 1900 mehr oder weniger eigenständige sozialistische Jugendgruppen und -organisationen.

In Deutschland initiierte und organisierte der sozialistische jüdische Rechtsanwalt Ludwig Frank sehr politische, auf sozialistische Bildungsarbeit und Antimilitarismus ausgerichtete Jugendgruppen, die sich 1904 zu einer Organisation zusammenschlossen. Zur gleichen Zeit kamen in Berlin Lehrlinge und junge Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen, um ihre sozialpolitischen Rechte vertreten zu können und die Geselligkeit zu pflegen. Auch hier leistete ein erfolgreicher, der Arbeiterbewegung zugeneigter Rechtsanwalt, James Broh, wichtige Geburtshilfe. Aber all diese Initiativen hatten im Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende noch einen schweren Stand. Sie mussten sich aus kleinsten Anfängen hocharbeiten und gegen Vorurteile der Arbeiterbewegung und der Öffentlichkeit kämpfen.

Immerhin berieten auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Paris 1900 Delegierte aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland, wie die bereits bestehenden regionalen und nationalen sozialistischen Jugendinitiativen nach dem Muster der "Alten" in einer Internationale zusammengeführt werden könnten. Der Beschluss der Sozialistischen Internationale, dass ihre nationalen Mitgliedsparteien "überall die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Zwecke der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben", signalisierte den an Erziehungs- und Jugendfragen interessierten Parteifunktionären und interessierten Jugendlichen grünes Licht: Nun konnten sie, vom höchsten Gremium der II. Internationale abgesegnet, daran gehen, eine Sozialistische Jugendinternationale aufzubauen.

Doch ein erster Versuch schlug fehl. Nicht aus politischen Gründen, sondern aus Dilettantismus. Ein belgischer Jugend-Aktivist hatte anlässlich des internationalen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien 1904 in Amsterdam in der sozialistischen Presse zu einem "Kongress der Sozialistischen Jugend" aufgerufen. Etliche interessierte Delegierte des Sozialistenkongresses fanden sich pünktlich am mitgeteilten Veranstaltungsort ein. Dort befand sich aber gar kein "Kongress-Saal, sondern nur eine mittelmäßige Gastwirtschaft, deren Wirt von nichts wusste. Die zwanzig Enttäuschten zogen sich in die Privatwohnung eines niederländischen Genossen zurück, beschlossen allerhand, ohne dass aber diese Beschlüsse je verwirklicht wurden.

Zwei Jahre später begannen Ludwig Frank aus Mannheim und Hendrik de Man aus Belgien damit, die noch jungen oder gar erst in Gründung begriffenen sozialistischen Jugendinitiativen und -organisationen in Europa zu kontaktieren und zu einer internationalen sozialistischen Jugendkonferenz im Anschluss an den Internationalen Sozialistenkongress 1907 nach Stuttgart einzuladen. Diese Konferenz fand von Samstag, den 24., bis Montag, den 26. September, statt. 20 Delegierte aus 13 europäischen Ländern gründeten dort die "Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen". Ein treffender Name für einen nur locker verbundenen Diskussionszusammenhang sehr verschiedenartiger Mitgliedsorganisationen, die in sehr unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen sich erst mühsam selbst finden, sich oft gegen den Willen der sozialistischen Erwachsenenorganisationen und der Gesellschaft eta-

blieren mussten. So unterschiedlich die jeweiligen Umstände für die Jugendorganisationen auch waren, sie stimmten in ihren Grundüberzeugungen und Zielen doch im Wesentlichen überein. Sie legten ihre Arbeitsschwerpunkte vor allem auf den Kampf gegen Chauvinismus und Militarismus, auf die sozialpolitische Interessenvertretung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeitern, also den "Habenichtsen" des alten Europas, bemühten sich, die spärliche Schulbildung ihrer Mitglieder im sozialistischen Sinne zu verbessern und sie an die Arbeiterbewegung heranzuführen. Auch das Kulturleben und jugendgemäße Geselligkeit durften nicht zu kurz kommen.

Und so nimmt es nicht wunder, dass vor allem drei Referate die zwanzig Delegierten begeisterten. Die niederländische Schriftstellerin und damals noch revolutionäre Sozialistin Henriette Roland-Holst (1869-1952) referierte über die "Bildung der arbeitenden Jugend". Entschieden sprach sie sich gegen die einseitige Faktenhuberei bürgerlicher Bildung und deren autoritäre Erziehungsmethoden aus und forderte die Arbeiterjugendorganisationen auf, ihre Mitglieder zu aufgeklärten, gesellschaftskritischen sozialistischen Kämpfern zu erziehen. Jungen und Mädchen seien gemeinsam und gleichberechtigt in den Gruppen zu organisieren - schon das war damals eine unerhörte Forderung. Über Erziehungs- und Bildungsfragen berieten die Delegierten am längsten und heftigsten. Der Ungar Julius Alpari (1882-1944) rückte in seinem Referat die sozialpolitische Interessenvertretung in den Mittelpunkt. Er forderte, die Lehrlingsausbildung nicht der Willkür von Handwerksmeistern, die damals ihre Lehrlinge noch körperlich züchtigen durften, und kleinen Handwerksbetrieben zu überlassen. Sie müsse vielmehr gesellschaftlich organisiert werden. Weiter forderte er, die mangelhaften Jugendschutzbestimmungen zu verbessern. Geradezu enthusiastisch nahmen die Delegierten das Referat Karl Liebknechts

Ausschnitt aus der IUSY-Ausstellung: Tafel 1, Die Anfänge (deutsche Übersetzung)

(1871-1919) gegen die Militarisierung der Gesellschaft auf. Er analysierte darin auch die repressive innergesellschaftliche Funktion des Militärs, sprach sich gegen den Krieg als Mittel aus, internationale Interessensgegensätze auszutragen, und wetterte gegen die unmenschliche Behandlung der Rekruten in einer durch und durch totalitären Institution. Das war so recht nach dem Geschmack des kleinen Gründungskreises, rührte an den Kern ihres politischen

Selbstverständnisses und ihres Gefühlslebens, so dass das Protokoll "großen, langanhaltenden Beifall" vermerkt.
Die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft richtete in Wien ein Büro ein - es arbeitet dort noch heute -, das Hendrik de Man für ein Jahr leitete. 1908 löste ihn der Wiener Robert Danneberg ab. In das Büro, zu verstehen als eine Art nicht sehr machtvollen Vorstands, wurden Karl Liebknecht (D), Hendrik de Man (B), Leopold Winarsky (A), Gustav Möller (S), und Henriette Roland-Holst (NL) gewählt. Ein Aktionsprogramm reflektierte die Arbeitsschwerpunkte der Mitgliedsorganisationen und gab ihnen für die Arbeit in den nächsten Jahren einen gewissen Rahmen.

Willi Münzenberg und internationale Vertreter sozialistischer Jugendorganisationen währen des Ersten Weltkriegs

Der enthusiastische Antimilitarismus der Sozialistischen Jugendinternationale sollte bereits sieben Jahre nach ihrer Gründung auf eine existenzielle Probe gestellt werden. Wo war die SJI, als der Erste Weltkrieg begann? Einer ihrer Initiatoren, Ludwig Frank, der sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatte, lag schon kurz nach Kriegsbeginn am 3. September 1914 mit zerschossenem Kopf auf einem Acker bei Nossoncourt südöstlich von Lunéville in Lothringen. Der für seinen konsequenten Antimilitarismus auf der Gründungsversammlung der SJI umjubelte Karl Liebknecht verweigerte als Reichstagsabgeordneter die Zustimmung zu den Kriegskrediten, beteiligte sich an der Spaltung der alten Sozialdemokratie, ging wegen seines antimilitaristischen Engagements gar ins Gefängnis, engagierte sich für die Aufrechterhaltung einer revolutionären Arbeiterbewegung und wurde im Januar 1919 von rechtsextremen Anti-Republikanern ermordet. In diesem Spannungsfeld befand sich die SJI während des Ersten Weltkrieges und sie zerbrach daran in der gleichen Weise wie die Organisationen der Erwachsenen.
Von Wien aus konnte die SJI nicht mehr geleitet und verwaltet werden. Robert Danneberg brachte an seiner Bürotür ein Schild an, auf dem stand: "Wegen Krieg vorübergehend geschlossen". Nur in einem neutralen Land war es noch möglich, internationale sozialistische Aktivitäten zu entfalten. Nun schlug die Stunde von Willi Münzenberg (1889-1940). Der spätere geniale kommunistische Medienorganisator, in Erfurt aufgewachsen, in der Schweiz zum linkssozialdemokratischen Züricher Jungburschenverein gestoßen, riss, jung und tatendurstig, die Initiative an sich. Zu Ostern 1915 lud er zu einer Internationalen Jugendkonferenz nach Bern ein, die die Richtung einer neuen Sozialistischen Jugendinternationale im Krieg definieren sollte. Schnell reorganisierte Münzenberg die kriegsgeschädigte Jung-Internationale, baute ein illegales Netzwerk für den Vertrieb antimilitaristischer Schriften in den europäischen Staaten auf - und hatte Erfolg.
Trotz Verfolgungen und staatlicher Repression ließen sich viele der in ihren Organisationen noch in der Vorkriegszeit antimilitaristisch eingestimmten Jugendlichen nicht mundtot machen. Zum 1. Internationalen Jugendtag am 3. Oktober 1915 demonstrierten in vielen europäischen Städten insgesamt etwa 120.000 Jugendliche gegen den Krieg. Viele organisierte sozialistische Jugendliche begehrten gegen die Kriegspolitik der "alten Sozialdemokraten" auf und schlossen sich im Verlauf des Krieges den oppositionellen, später den kommunistischen Jugendgruppierungen an. Wie die Arbeiterbewegung der Erwachsenen zerbrach die Sozialistische Jugendinternationale während des Weltkrieges in drei Teile: Die Jungkommunisten schlossen sich Ende 1919 zur "Kommunis-

tischen Jugendinternationale" zusammen und wurden bald als außenpolitisches Instrument Moskaus missbraucht. Der antimilitaristische, linkssozialistische Nachwuchs, der sich in Deutschland an der USPD orientierte, gründete im Februar 1921 in Wien die "Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen" ("Wiener" oder "Zweieinhalbte Jugendinternationale"). Der Teil der organisierten Arbeiterjugend, der der kriegsbejahenden, sogenannten Mehrheitssozialdemokratie treu blieb, versuchte in einer "Arbeiter-Jugend-Internationale" ebenfalls einen Neuanfang. Diese war im Mai 1921 in Amsterdam von Delegierten aus sechs Ländern gegründet worden und hieß deshalb auch "Amsterdamer Jugendinternationale". Nach eigenen Angaben repräsentierte sie 120.000 Mitglieder. Von der Tagespolitik und parteipolitischen Angelegenheiten wollte sie sich fern halten und sich nur auf Erziehungs- und Bildungsaufgaben beschränken.

Ende Mai 1923 schlossen sich die links- und die mehrheitssozialdemokratischen Jugendorganisationen zur "Sozialistischen Jugendinternationale" zusammen. 25 Delegierte aus 20 Ländern, die 28 Organisationen repräsentierten, wählten Piet Voogd (Niederlande) zu ihrem Vorsitzenden und Erich Ollenhauer zu ihrem Sekretär. Bis 1933 hatte die vereinigte sozialdemokratische Jugendinternationale ihren Sitz in Berlin. Der Neuanfang der vor kurzem sich noch befehdenden Mitgliedsorganisationen in einem Zusammenschluss war nicht leicht. Die SJI hatte zunächst genug damit zu tun, Informationen über die Mitgliedsorganisationen und ihre Arbeitsweisen auszutauschen, sich auf gemeinsame Grundsätze und Ziele zu verständigen und sozial- und jugendpolitische Forderungen zu entwickeln. Erst 1926 hatte sie die Kraft, das erste internationale Zeltlager zu organisieren. 600 Jugendliche aus ganz Europa trafen sich bei Amsterdam und begriffen dort erst richtig, dass sie zu einer großen internationalen Bewegung gehörten. Der größte Sozialistische Jugendtag fand drei Jahre später in Wien statt. Zu dieser bis heute eindrucksvollsten internationalen Manifestation reisten 50.000 Jugendliche aus 18 europäischen Ländern an und das Rote Wien zeigte allen die Errungenschaften einer starken Sozialdemokratie im Kapitalismus. Die SJI schien nach den Manifestationen in Wien nun doch langsam von einem papierenen Büro- und Resolutionsinternationalismus zu einer handlungsfähigen internationalen Organisation zusammenzuwachsen.

Kaum hatte sich die Sozialistische Jugendinternationale wieder arbeitsfähig gemacht, da drohten bereits die neuen Katastrophen. Der italienische Faschismus übernahm schon 1922 die Macht, 1933 wurde den deutschen Nationalsozialisten die Staatsmacht in die Hände gelegt, die österreichische Republik wurde 1934 zerschlagen und die tschechoslowakische 1938/39. Überall in Europa verzeichneten nationalistische, chauvinistische, rechtsextreme, faschistische Bewegungen Zulauf und Erfolge. Auch die Jugendorganisationen der europäischen Arbeiterbewegung wurden fast überall bedrängt und verfolgt, ja sogar - wie in Deutschland - verboten. Viele der besonders Aktiven kämpften in ihren Heimatländern gegen die autoritären und faschistischen Regime, internationale Kontakte waren nur sehr schwer möglich.

Besonders im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, wo es noch eine Chance zu geben schien, eine demokratische Republik gegen den Ansturm der Reaktion zu verteidigen, drückten die noch existierenden sozialistischen Jugendorganisationen und die SJI ihre Solidarität für die demokratischen Kräfte aus. Wenn auch etliche junge Sozialisten im Bürgerkrieg auf Seiten der Republikaner kämpften, eine wirksame Unterstützung konnte die SJI nicht leisten. Gespräche mit der Kommunistischen Jugendinternationale scheiterten. In diesen Gesprächen verhandelten auf Seiten der SJI Erich Ollenhauer, späterer SPD-Vorsitzender und H. C. Hansen, späterer dänischer Ministerpräsident mit Mihaly Farkas (d.i. Michael Wolf), bis 1953 ungarischer Verteidigungsminister, und Gil Green, Generalsekretär der KJ der USA, 1956-1961 wegen unamerikanischer Umtriebe inhaftiert, die die KJI repräsentierten. Sie saßen sich am 5. Juli 1937 unter Leitung von Santiago Carillo, der von 1960-1982 Generalsekretär der KP Spaniens war, gegenüber. Aber sie konnten sich nicht auf eine gemeinsame Hilfsaktion für die spanische Republik einigen. Bald siegten die Faschisten - nicht nur in Spanien.

Nachdem die deutsche Wehrmacht Polen angegriffen und damit den Auftakt für Völkermord und Genozid in einem in der Menschheitsgeschichte bisher unbekannten Ausmaß gegeben hatte, gab es für eine Sozialistische Jugendinternationale keine Möglichkeit mehr, zu handeln oder auch nur Resolutionen zu veröffentlichen.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Der Kampf gegen den Militarismus, gegen den Krieg, für Abrüstung und Frieden. Das Leitmotiv der 100-jährigen Geschichte der IUSY

Der Antimilitarismus als Aufgabe der Internationale der Jugend

Der Auftrag des Pariser Sozialistenkongresses, die Jugend im antimilitaristischen Geiste zu erziehen und zu organisieren und zu diesem Zwecke eine internationale Verbindung der Arbeiterjugend zu schaffen, gab den Anstoß für die Gründung der Jugendinternationale 1907 in Stuttgart. Der Bericht des Büros zur Vorbereitung des Gründungskongresses belegt, dass von wenigen Ausnahmen abgesehen (dazu zählten die norddeutschen Arbeiterjugendvereine und die österreichische Arbeiterjugend) für die Gründungsorganisationen der internationalen Verbindung die antimilitaristische Arbeit im Mittelpunkt stand. Der Antimilitarismus war, neben dem Schutz der Jugend vor Ausbeutung und der Erziehung der Jugend im Geist des Sozialismus sowie der Bekämpfung des Alkoholismus, das Leitmotiv der Jugendinternationale. Karl Liebknecht, der sich den antimilitaristischen Kampf auf die Fahne geschrieben hatte, hielt nicht nur das Referat zu diesem Thema, sondern wurde auch der erste Vorsitzende der neuen internationalen Verbindung. Einig waren sich die Gründungsorganisationen in den Zielen des antimilitaristischen Kampfes: Die Jugend sollte gegen den Geist des Militarismus immunisiert werden und den Geist des Militarismus in der Gesellschaft bekämpfen. Sie sollte sich nicht dazu missbrauchen lassen, bei Streiks gegen die eigenen Klassenbrüder vorzugehen; Schinderei und Rekrutenmisshandlung sollten aufgedeckt und bekämpft werden; die Jugend sollte den Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Kriegsgefahr, die Aufrüstung und den Militarismus als Bestandteil der kapitalistischen Klassenherrschaft wie des Kampfes der imperialistischen Mächte untereinander unterstützen. Inhalte und Formen des antimilitaristischen Kampfes wurden jedoch von den unterschiedlichen Traditionen und den gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt. So war Deutschland das Paradebeispiel einer vom Militarismus geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung, während in Großbritannien der Militarismus als Teil des Kolonialismus angesehen wurde. Länder wie Belgien, Frankreich oder die skandinavischen Länder wiederum waren weniger von einer umfassenden Militarisierung des öffentlichen Lebens als vielmehr von der Funktion des Militärs - Streiks im Inneren zu unterdrücken und die Machtinteressen des Staates nach außen durchzusetzen - bestimmt. Dennoch sind die gemeinsamen Kundgebungen der internationalen, d.h. europäischen Arbeiterjugend gegen den Krieg - so in Basel 1912 - eindrucksvolle Zeugnisse einer antimilitaristisch denkenden Jugend.

Kampf dem Krieg und dem Opportunismus

Umso nachhaltiger und tiefgreifender war die Enttäuschung über die Haltung der Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg. Vor allem die Zustimmung der deutschen und französischen Parteien zur Kriegspolitik ihrer Länder wurde von vielen als Verrat empfunden. Aber auch bei denen, die sich der anfänglichen Kriegsbegeisterung hingegeben hatten, schwand im Laufe des Krieges und des Massenmordens an allen Fronten die Einsicht in die Notwendigkeit der Burgfriedenspolitik ihrer Mutterparteien. Zum Kristallisationspunkt einer antimilitaristischen Opposition gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der Parteien wurden die schweizerische Arbeiterjugend und ihr Sekretär Willi Münzenberg. Münzenberg verstand es, die oppositionellen Jugendvertreter aus der Schweiz, aus Deutschland und Italien zusammenzuführen und zu gemeinsamen antimilitaristischen Aktivitäten zu motivieren. Gemeinsames Organ wurde die Jugendinternationale, deren 13 Ausgaben zu einer wichtigen Kommunikationsplattform antimilitaristischer

Jugendgruppen wurden. Die in Bern ins Leben gerufene Jugendinternationale geriet mehr und mehr unter den Einfluss Lenins und der russischen Bolschewiki und verschärfte ihren Kampf gegen die opportunistische Sozialdemokratie. Der Kampf gegen den Krieg sollte nach ihrer Vorstellung einhergehen mit dem Aufbau einer revolutionären Partei, dem Kampf gegen den Imperialismus und für die Revolution. Von daher begrüßte die Jugendinternationale die russische Märzrevolution ebenso wie die Oktoberrevolution und wandte sich der Kommunistischen Bewegung zu. Aus ihr entstand die Kommunistische Jugendinternationale, die gegen den Willen Münzenbergs dem Kurs der Komintern folgte.

Nie wieder Krieg

Die 1923 in Hamburg gegründete Sozialistische Jugendinternationale führte die der Mehrheitssozialdemokratie treu gebliebenen Jugendverbände aus Deutschland, Belgien und den skandinavischen Ländern mit den eher linkssozialistischen Jugendverbänden aus Österreich und weiteren Ländern zusammen. Während Erstere den Schwerpunkt auf Jugenderziehung und Jugendkultur legten und konkrete Politik den Parteien überlassen wollten, setzten sich Letztere für eine politisch ausgerichtete Jugendarbeit ein. Nach dem Massenmorden des Krieges und den Millionen Kriegsversehrten und Hinterbliebenen einte sie alle die Forderung: Nie wieder Krieg - Krieg dem Kriege. In ihren Resolutionen verurteilten sie die erneute Hochrüstung in Europa, forderten eine allgemeine Abrüstung und eine gerechte Friedensordnung. Gestritten wurde über die Gefahr und die Ursachen einer Konfrontation der "kapitalistischen" Mächte mit der Sowjetunion. Vor allem die georgischen und russischen Exilorganisationen stritten vehement gegen die kommunistische Diktatur und warnten vor der durch sie ausgehende Kriegsgefahr. Demgegenüber sahen die Vertreter der österreichischen oder englischen Jugendverbände die Kriegsgefahr in der Aggression der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion. Der Wert des Engagements der SJI lag jedoch in den zahlreichen Begegnungen junger Menschen aus den im Krieg verfeindeten Ländern. Vor allem die Jugendtage 1926 in Amsterdam und 1929 in Wien waren eindrucksvolle Demonstrationen gegen den Krieg.

Gegen den Faschismus

Nach der Zerschlagung der italienischen Sozialisten durch die Faschisten 1925, dem Aufstieg des deutschen Nationalsozialismus und weiterer faschistischer Bewegungen, wurden die antimilitaristischen Positionen um die vom Faschismus ausgehende Kriegsgefahr erweitert. Dies lag durch die allen faschistischen Bewegungen eigene Verknüpfung von Nationalismus, Militarismus mit einer populistisch begründeten antidemokratischen Diktatur auf der Hand. Die SJI und ihre Verbände unterschätzten indes die diesen Bewegungen eigene Dynamik und sie überschätzten die Stärke der parlamentarischen Demokratie vor allem in Deutschland und in Österreich. Nach der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung 1933 und der österreichischen 1934 stand für die SJI der Kampf gegen den Faschismus, aber auch die mögliche Einheitsfront mit den Kommunisten, auf der Tagesordnung. Vor allem in der Unterstützung der Spanischen Sozialistischen Jugend im spanischen Bürgerkrieg versuchten KJI und SJI zeitweise sich anzunähern. Wesentlicher aber war die vielfältige materielle und ideelle Unterstützung für die kämpfende Republik. Junge Sozialisten fochten in den Internationalen Brigaden, sammelten Geld und protestierten gegen die Haltung der britischen und französischen Regierung, in den Konflikt nicht zu Gunsten der Demokratie in Spanien zu intervenieren. Der Hitler-Stalin- Pakt und der Überfall auf Polen machten allen Bestrebungen einer Einheitsfront der Arbeiterjugend gegen den Faschismus ein Ende. Nach dem Angriff der Wehrmacht auf Frankreich stellte die SJI ihre Tätigkeit ein. Repräsentanten wie Erich Ollenhauer gingen ins Exil nach London. Mitglieder der Arbeiterjugendverbände

leisteten in ihren Heimatländern in vielfältiger Form Widerstand.

Für nationale Unabhängigkeit und den dritten Weg

Nach Auflösung der KJI suchten die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien eine neue Form einer parteiübergreifenden, internationalen Jugendorganisation, die die alten Gegensätze überwinden sollte. In kritischer Distanz zu solchen Plänen diskutierten schon sozialistische Exilgruppen in London und Sozialisten in den skandinavischen Staaten Pläne für die Neugründung der SJI. Neben dem kommunistisch dominierten Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) entstand so 1946 die IUSY, die aber noch 2 Jahre brauchte, um zu einer handlungsfähigen Jugendinternationale zu werden. Im deutlichen Unterschied zur SJI, die europazentriert war, suchte die IUSY den Kontakt zu den Organisationen oder jungen Repräsentanten der antikolonialistischen Befreiungsbewegungen. Auf Sommerschulen und Seminaren knüpften sie Kontakte zu den Führern afrikanischer und asiatischer Jugendorganisationen oder Parteien. Diese wollten die nationale Unabhängigkeit von den alten Kolonialmächten und zugleich eine von diesen unterschiedene demokratisch-sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung - auch als Synonym für die Eigenständigkeit zwischen Ost und West. Die IUSY konnte bis Mitte der Sechzigerjahre diese Bewegungen unterstützen und ihre Führer beeinflussen, weil sie sich in ihrem antikolonialistischen Engagement auch gegen die sozialistischen Parteien stellte, die wie die französische SFIO an der Unterdrückung von Befreiungsbewegungen beteiligt waren. Dies führte zu Konflikten mit der Sozialistischen Internationale (SI). Auch in Lateinamerika bezog IUSY Position zu Gunsten demokratisch-sozialistischer Parteien, gegen den Einfluss der USA und der amerikanischen Multis und gegen die von ihnen unterstützten autoritären Regime. Das antimilitaristische Engagement der IUSY geriet jedoch schnell in das Fahrwasser des Kalten Krieges. Vor allem nach der Zerschlagung sozialdemokratischer Jugendverbände in den osteuropäischen Ländern durch die Kommunisten 1948 bekämpften IUSY und ihre Mitgliedsorganisationen die kommunistischen Jugendverbände. Am Rande der vom WBDJ ausgerichteten Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Wien 1959 und Helsinki 1962 kam es zu massiven Konfrontationen. 1968 wurde dann öffentlich bekannt, dass IUSY, wie zahlreiche andere internationale Jugend- und Studentenorganisationen oder der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), von der CIA finanzielle Unterstützung erhalten hatten.

Auf dem Weg der Entspannungspolitik

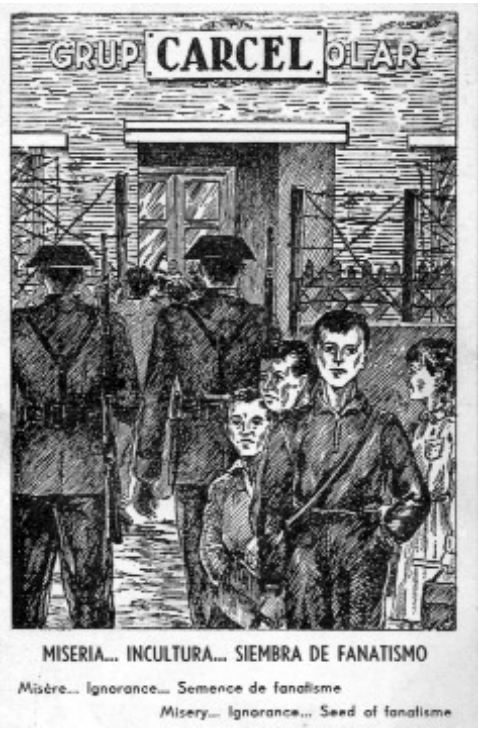
Die Aufdeckung des CIA-Fonds verhinderte die Teilnahme einer Delegation der IUSY an den Weltfestspielen 1968 in Sofia, die durch die Demokratisierungstendenzen in Ländern des Warschauer Paktes wie der Tschechoslowakei oder Polen, aber auch die Auswirkungen der Studentenbewegung, weitaus offener angelegt waren als ihre Vorgänger. Die Ursache des politischen Positionswechsel der IUSY von der strikten Bekämpfung des Kommunismus hin zu einer Dialogbereitschaft lag in der Entspannungspolitik der Supermächte, der auch große Teile der SI, besonders die SPD, folgen oder gar mit eigenen Akzenten versehen wollten. Die europäischen sozialistischen Jugendverbände vor allem aus Deutschland, Österreich und den skandinavischen Ländern engagierten sich für eine Politik des Wandels durch Annäherung, der gleichgewichtigen Abrüstung und dem Aufbau gesamteuropäischer Jugendstrukturen - unter Einschluss der osteuropäischen Jugendorganisationen. Konsequenterweise nahmen daher diese Organisationen und auch die IUSY an den Weltfestspielen in Berlin, DDR 1973, Havanna 1978 und Moskau 1985 teil. Dies bedeutete nicht, dass IUSY nun inhaltliche Gegensätze mit dem WBDJ begraben hätte. Vor allem der Führungsanspruch des WBDJ im Kampf für Frieden und Abrüstung und die einseitige Positionierung zu Gunsten der sowjetischen Außenpolitik sorgten für Konflikte.

Aber diese Konflikte wurden auf Konferenzen und in Gesprächen ausgetragen. Unumstritten war diese Position nicht. Vor allem die sozialistische Jugend aus Frankreich und Italien, die sich einer damals starken kommunistischen Konkurrenz zu erwehren hatten, wehrten sich gegen zuviel Gemeinsamkeiten in der Entspannungspolitik, und auch die israelischen Jungsozialisten standen auf Grund der antizionistischen Propaganda der WBDJ-Verbände diesem Dialog sehr kritisch gegenüber. Diese kritische Haltung der Israelis fußte auch auf der zunehmenden Annäherung der IUSY an die

Palästinensische Befreiungsbewegung PLO. In allen Positionen der IUSY wurde immer das Existenzrecht Israels betont, allerdings auch das Recht der Palästinenser auf eine Heimat. 1981 nahm eine Delegation der PLO am Wiener Jugendtag teil. Damit folgte IUSY auch der Linie der SI, die in ihrem Rahmen einen Beitrag zur Versöhnung von Fatah und israelischer Arbeitspartei leisten wollte.

Solidarität im Kampf für Demokratie

Die IUSY und ihre Mitgliedsorganisationen hatten nach dem Sieg des Franco-Regimes die unterdrückten Sozialisten in Spanien nicht vergessen. 1963 machte sie mit einer großen Solidaritätskonferenz in Gothenburg (Schweden) gegen die Diktatur Francos Front. Ein Jahr später - 25 Jahre nach dem Sieg Francos - veranstaltete sie einen Solidaritätstag für Spanien. Mitgliedsorganisationen führten eine Kampagne durch, Material für die Untergrundarbeit wurde gesammelt und nach Spanien zur illegalen Juventudes Socialistas de España (JSE) geschmuggelt. 1967 tagte das IUSY - Büro in Spanien und diskutierte mit Repräsentanten der JSE. Sie stellte fest, dass in einzelnen Städten starke Gruppen der JSE existierten und engagierte sich für einen besseren Zusammenhalt der JSE. Nach Francos Tod führten die IUSY und Mitgliedsorganisationen wie die Falken Solidaritätsaktionen und Camps durch und halfen beim Aufbau legaler Strukturen. Internationale Solidarität erfuhren auch die Jugendorganisationen, die in Lateinamerika Opfer brutaler Militärdiktaturen wurden. Gestützt und unterstützt von den USA, schalteten Militärs in Brasilien, Uruguay, Argentinien, Paraguay und Chile demokratische Parteien aus, unterdrückten Gewerkschaften und begingen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Vor allem der Militärputsch in Chile 1973 löste eine Welle des Protestes und der Solidarität aus. Aus dem Kampf gegen den Kommunismus an der Seite der USA wurde ein Kampf gegen die USA als Verursacher von Ausbeutung und Diktatur. Solidaritätsaktionen der Mitgliedsorganisationen verband die IUSY mit der Unterstützung von demokratisch-sozialistischen Jugendfunktionären. Dabei war es auch ihr Ziel, den Einfluss Kubas auf die Linke in Lateinamerika zurück zu drängen. In dieser Tradition eines dritten Weges stand auch das Engagement von IUSY und ihrer Mitglieder für die Sandinisten in Nicaragua, die 1979 das Somoza-Regime gestürzt hatten. Delegationen halfen beim Aufbau der Infrastruktur und realisierten Solidaritätsprojekte.



Solidarität mit Spanien

Antimilitarismus in der Praxis

Als Jugendinternationale standen der SJI und der IUSY nur wenige Aktionsformen zur Verfügung, um ihr antimilitaristisches Engagement zum Ausdruck zu bringen: Da waren zum einen die Kongresse, auf denen die Positionen debattiert und beschlossen wurden. Da gab es die Bürositzungen, die sich ebenfalls intensiv mit diesem Thema befassten. Hinzu kamen Reisen und Gespräche und Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene, z.B. mit Repräsentanten des WBDJ. Besonders eindrucksvoll waren die internationalen Jugendtage. Auf ihnen lernten sich junge Menschen aus vielen Ländern kennen. Sie verwirklichten bei Demonstrationen, Diskussionen und im persönlichen Gespräch Solidarität und schlossen Freundschaft. Die Jugendtage waren auch die Brücke zur konkreten antimilitaristischen Arbeit in den Mitgliedsorganisationen der IUSY. Diese waren von Beginn der Jugendinternationale 1907 an in Inhalt und Form vielfältig. Nie hat die Jugendinternationale den Anspruch erhoben oder erheben können, sie zu vereinheitlichen. Aber dort, wo ein gemeinsames Ziel alle in der Praxis einte, konnten SJI bzw. IUSY tatsächlich die Kraft der Solidarität entfalten.

Kerstin Pätzold

100 Jahre Engagement gegen Krieg und für den Frieden. Zwischen Antimilitarismus und Entspannungspolitik: Aspekte zur Geschichte der IUSY.

Bericht über die Archivtagung im Archiv der Arbeiterjugendbewegung vom 12. bis 14. Oktober 2007

Das einhundertjährige Jubiläum der IUSY hat den ganzen Verband in diesem Jahr sehr beschäftigt. Im Auftrag des Bundesvorstands der SJD-Die Falken war ich als Koordinatorin für die Berliner Feierlichkeiten zuständig und daher besonders in die organisatorischen Fragen des Jubiläums eingebunden. Nach der großen Feier in Berlin bot nun die Archivtagung die Gelegenheit, mich auch inhaltlich eingehender mit der Geschichte der IUSY zu beschäftigen. Damit rundet sich für mich das Jubiläumsjahr der IUSY besonders ab und gerne gebe ich daher an dieser Stelle meine Eindrücke von der Archivtagung wieder.

Die Archivtagung beschäftigte sich vor allem mit dem Antimilitarismus der IUSY. Die Veranstalter erblickten in der antimilitaristischen Arbeit ein Gründungsmotiv der IUSY, das während der ganzen folgenden einhundert Jahre für die Organisation bestimmend bleiben sollte. Die einzelnen Referate griffen daher zeitlich wie thematisch nur bestimmte Schwerpunkte auf. Eingebettet waren die einzelnen Referate jedoch in einen kurzen Abriss der IUSY-Geschichte, so dass auch diejenigen Besucherinnen und Besucher der Tagung, die nicht über ein breites Vorwissen verfügten, dem Fortgang der Tagung gut folgen konnten. Neben dieser immer wieder einsetzenden inhaltlichen Einführung durch Wolfgang Uellenberg-van Dawen stand die methodische Einleitung von Alexander J. Schwitanski. Dieser erhoffte sich von dem in der Archivtagung praktizierten Vergleich der IUSY mit anderen Organisationen ein vertieftes Verständnis für die Eigenheiten dessen, was antimilitaristische Politik der IUSY zu bestimmten Zeiten bedeutete und was sie von vergleichbaren Organisationen unterschied.

Die erste Sektion beschäftigte sich mit der antimilitaristischen Arbeit der IUSY von ihrer Gründung bis in die Dreißigerjahre hinein. Wolfgang Uellenberg-van Dawen verstand den Antimilitarismus der internationalen Arbeiterjugendbewegung zu dieser Zeit als Teil des antikapitalistischen Kampfes. Daneben trat die Beschäftigung mit der pazifistischen Bewegung für den gleichen Zeitraum, vorgestellt von Guido Grünewald.

Antimilitarismus als Teil des Kapitalismus - die Arbeiterjugendbewegung bis zum Beginn der 1930er-Jahre

Eine erste Gemeinsamkeit beider Bewegungen war die Veränderung der Themen und Arbeitsweisen durch den Ersten Weltkrieg, der eine deutliche Zäsur darstellte. Für die Vorkriegszeit verdeutlichte Uellenberg-van Dawen, dass der Umgang mit Militarismus innerhalb der Sozialistischen Jugendverbände nicht einfach und ein Konsens zu antimilitaristischen Positionen nicht selbstverständlich war. Nicht der Krieg oder der bewaffnete Kampf als solcher wurde abgelehnt, sondern der Krieg gegen das Volk. Eine bewaffnete Revolution zum Umsturz des Kapitalismus wurde mancherorts durchaus für möglich gehalten und der Krieg wurde als selbstverständliche Form der Auseinandersetzung gesehen. Die Arbeiterbewegung war nicht gegen den Krieg an sich, sondern gegen den Krieg als Instrument der herrschenden Klasse.

Am Beispiel Belgiens konnte gezeigt werden, wie sich die antimilitaristischen Positionen der Sozialistischen Jugendverbände entwickelten. So war in Belgien das aus wehrpflichtigen bestehende Militär direkt in Klassenauseinandersetzungen involviert, indem es gegen streikende

Arbeiter und Arbeiterinnen eingesetzt wurde. Die belgischen jungen Sozialistinnen und Sozialisten bemühten sich nun, zum Beispiel durch Flugblätter die neu eingezogenen Rekruten dazu zu bewegen, bestimmte Befehle zu verweigern. Tatsächlich konnte so erreicht werden, dass Rekruten zu bestimmten Aktionen gegen Streikende nicht mehr einsetzbar waren. Anhand dieses Beispiels lässt sich auch erklären, warum das Mittel der individuellen Kriegsdienstverweigerung lange Zeit nicht als adäquates politisches Mittel im Kampf gegen den Militarismus gewertet wurde. Ziel war es, das Militär von innen heraus funktionsuntüchtig zu machen. Dazu mussten Soldaten politisch gewonnen werden. Durch die Verweigerung des Kriegsdienstes ließ sich das nicht erreichen.

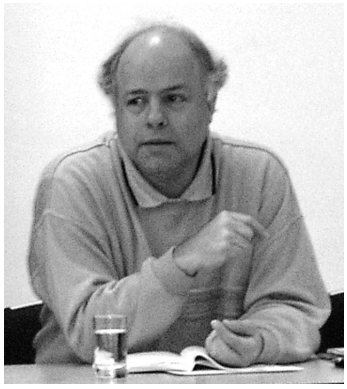
Bis zum Beginn der 1920er-Jahre war die Position der Sozialistischen Arbeiterjugend, dass Militarismus und Krieg nicht ohne Kapitalismus denkbar seien und nicht losgelöst voneinander bekämpft werden könnten. Die Überwindung des Militarismus war Teil der Überwindung des Kapitalismus.

Der Erste Weltkrieg zerrüttete auch die Arbeiterjugendinternationale Es hatte sich gezeigt, dass die nationalen Integrationskräfte über die internationale Solidarität auch innerhalb der Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung triumphiert hatten. Dagegen mahnte Willi Münzenberg von der Schweiz aus zu einem unverminderten Einsatz gegen den Krieg und schaffte es, die sozialistischen Jugendorganisationen am Ende des Krieges in eine antimilitaristische Ausgangsposition zu bringen.

Auch die 1923 gegründete Sozialistische Jugendinternationale hielt im Grunde an der Auffassung fest, dass der Militarismus als Teil des Kapitalismus gewertet und bekmämpft werden müsse. Die Schrecken des Krieges hatten aber deutlich werden lassen, dass mit der Bekämpfung des Militarismus nicht bis zur Überwindung des Kapitalismus gewartet werden konnte. Die sozialistische Arbeiterjugend positionierte sich nun pragmatischer und erhob Forderungen nach Abrüstung und Friedenssicherung auch unter den Vorzeichen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Verweigerung des Kriegsdienstes wurde als legitimes politisches Mittel anerkannt. Zudem hatte der Erste Weltkrieg gezeigt, dass Hoffnungen auf eine innere Aushöhlung des Militärs übertrieben gewesen waren.

Die pazifistische Bewegung bis 1933

In einem ideengeschichtlichen Überblick ging Guido Grünewald auf die pazifistische Bewegung ein. Die in Deutschland später als in anderen europäischen Ländern sich formierende Bewegung war von Anfang an durch heterogene Ansätze gekennzeichnet. An zwei wichtigen Gründungsgestalten der Bewegung, Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried, verdeutlichte Grünewald die unterschiedlichen Konzepte und die Abgrenzungen zum sozialistischen Antimilitarismus. So vertrat zum Beispiel Bertha von Suttner einen ausgesprochenen Pazifismus des Herzens, der besonders auf die ethische Kultivierung des Individuums setzte. Demgegenüber bezeichnete Grünewald Fried als einen Friedenstechniker, der versuchte, Frieden als Konzept eine wissenschaftliche Grundlage zu geben und Frieden in Einklang mit der Zeit und dem Fortschritt zu bringen. Nach Frieds Auffassung lag das kriegprovozierende Grundübel in der Anarchie zwischen den Staaten. Einen stabilen Frieden erhoffte sich Fried deshalb von der Etablierung einer umfassenden internationalen Rechtsordnung.



Guido Grünewald
Foto: Alexander J. Schwitanski

Die pazifistische Bewegung sah sich selbst als Teil der bürgerlichen Kultur- und Reformbewegung. Der Unterschied zum Antimilitarismus der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde auch in der Fixierung der Pazifistinnen und Pazifisten auf die Friedensfrage deutlich und ihre Abstinenz in anderen aktuellen politischen Fragen. Trotz solcher Differenzen gab es auch Versuche, Anknüpfungspunkte zur Arbeiterbewegung zu finden, doch reichten diese bis zum Ersten Weltkrieg nicht weit.

Auch bei den bürgerlichen Pazifistinnen und Pazifisten veränderten sich die Positionen nach dem Ersten Weltkrieg. Zunehmend wurden auch ökonomische Faktoren in die Analyse der Kriegsgründe einbezogen. Dominierend wurden dann in der Weimarer Republik zwei Strömungen: Die eine bezog eine radikalpazifistisch-religiöse Position, deren Ansatzpunkt die Heiligkeit der menschlichen Unversehrtheit war.

Ihre Mittel der politischen Aktion waren zum Beispiel industrielle Verweigerung des Kriegsdienstes, die Unterstützung des Völkerbunds und das Verlangen der internationalen Ächtung aller Kriege, aber auch die Bereitschaft, zum Generalstreik aufzurufen. Die andere Richtung war stärker völkerrechtlich orientiert. Frieden sollte durch Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und Abrüstung erreicht werden. Diese Richtung lehnte auch den Versailler Vertrag ab, da sie in dessen Vorschriften Zündstoff für neue Konflikte sah. In Plänen aus den Reihen dieser Richtung sollte auch der Völkerbund durch ein gewähltes Weltparlament überboten werden, das auch wirtschaftliche Funktion haben sollte.

Ein engerer Bezug zur Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik ergab sich auch dadurch, dass auch Pazifistinnen und Pazifisten für die Verteidigung der Republik gegen reaktionäre und faschistische Bestrebungen eintraten und nun verstärkt auch innenpolitisch Position bezogen.

Gerade der letzte Punkt, das Verhältnis von Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik gab in der Diskussion Anlass zu zahlreichen Nachfragen. Über die Thematisierung von Organisationen wie der Deutschen Liga für Menschenrechte konnte hier zumindest auf die gemeinsame Grauzone von Arbeiterbewegung und Pazifismus verwiesen werden.

Nach einer Schilderung der allgemeinen historischen Entwicklungen von den Dreißigerjahren an und der Entwicklung der SJI, des faktischen Erlöschens der Organisation während des Zweiten Weltkriegs und der Neugründung der IUSY seit 1946 gewann die Frage nach dem Antimilitarismus in den Zeiten des Kalten Krieges ein neues Gesicht. Aufgehangen an der Analyse der Verwicklungen von IUSY und Internationalem Gewerkschaftsbund in Finanztransaktionen der CIA wurde die Frage diskutiert, wie tief sich die jeweiligen Organisationen unter den Vorzeichen des Kalten Krieges in das eigene gesellschaftliche System integriert hatten und selbst Partei im Kalten Krieg waren.

IUSY, der Kalte Krieg und die CIA-Affäre

Alexander Schwitanski rekonstruierte zunächst auf der Basis der Aktenlage die Geschehnisse der Jahre 1967/68, die gemeinhin als die CIA-Affäre der IUSY bezeichnet werden. Die Möglichkeiten dieser Rekonstruktion seien jedoch eingeschränkt, da auf Untersuchungen in amerikanischen und weiteren europäischen Archiven verzichtet werden musste. Ausgewertet wurden Quellen aus dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung und dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. Auf Basis dieser Quellen konnte Schwitanski zeigen, dass die Vorgänge in der sogenannten CIA-Affäre sich auf eine sehr indirekte finanzielle Unterstützung der IUSY beschränkten. IUSY erhielt von amerikanischen Stiftungen Geld, die im Verdacht standen, ihrerseits von der CIA finanziert zu werden, beziehungsweise einfach Tarninstitutionen für verdeckte Finanzleistungen der CIA zu sein. Nachdem 1967 die Finanzierungspraxis der CIA öffentlich bekannt geworden war, artikulierte sich innerhalb der IUSY der Wille, keine Gelder von diesen amerikanischen Institutionen mehr zu akzeptieren. Aufgrund der langandauernden, Ende 1967 aber besonders akut gewordenen Finanzmisere der IUSY, sah der Generalsekretär sich dennoch gezwungen, erneut um Geld aus den USA zu bitten. In dem Wissen um die politische Inopportunität versuchte er, dieses Geld verdeckt in die IUSY zu schleusen. Das Bekanntwerden dieser Absicht löste 1968 eine Welle der Empörung innerhalb der IUSY aus, die dazu führte, dass wichtige Funktionäre ihren Hut nehmen mussten. Infolge der Affäre traten Mitgliedsorganisationen aus der IUSY aus und die Arbeit der IUSY lag für mehrere Jahre fast vollkommen brach.

Wichtiger als diese Vorgänge waren für das Thema der Tagung aber die politischen Gründe, die mit zur Skandalisierung der CIA-Unterstützung führten. Erste Berichte über eine mögliche finanzielle Unterstützung von Jugendveranstaltungen durch die CIA, an denen auch die IUSY partizipierte, lagen der IUSY seit den frühen 50er-Jahren vor. Mit dem Vorwurf, Spionage zu treiben, ging die IUSY jedoch sehr offensiv um und wertete solche Anwürfe als Propaganda im Kalten Krieg ab. In der bipolaren Welt des Kalten Krieges wollte sich die IUSY offiziell auf keiner Seite verorten; der demokratische Sozialismus sollte ein Dritter Weg auch zwischen den Machtblöcken sein. Eine umfassende Friedensordnung sollte durch die Vereinten Nationen garantiert, die Militärorganisationen auf beiden Seiten aufgelöst werden. Diese bis in die 1960er-Jahre hinein vertretene Position war jedoch nur scheinbar neutral; keineswegs war sie unpartei-

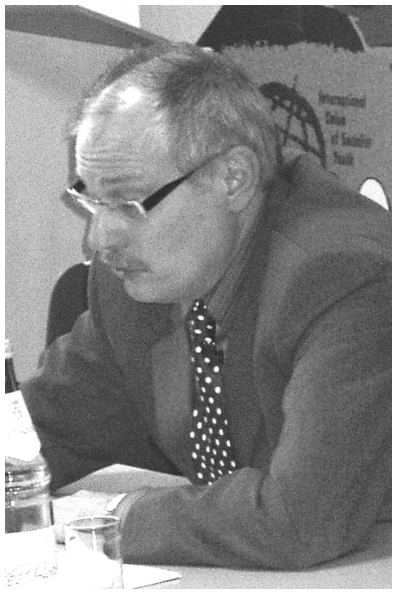
isch. Sie ging mit einem offensiv vertretenen Antikommunismus einher, der dazu führte, dass die IUSY Kontakte mit dem kommunistisch dominierten Weltbund Demokratischer Jugend ablehnte und Kontakte der eigenen Mitgliedsorganisationen mit osteuropäischen Jugendverbänden zu verhindern trachtete. Gegenüber westlichen Organisationen blieb IUSY aber sprach- und bündnisfähig.

Gegen Ende der 1960er-Jahre brach diese Haltung bei mehreren Mitgliedsorganisationen der IUSY auf, die nun gegenüber der bisherigen Politik der IUSY zunehmend kritischer wurden. Der Wunsch, Kontakte mit osteuropäischen Verbänden aufzunehmen und so an dem langsam einsetzenden Prozess der Entspannung durch Kommunikation teilzunehmen, schien mit der IUSY nicht machbar. Auch wurden klare Worte der IUSY zum Beispiel zur Verurteilung der US-amerikanischen Kriegführung in Vietnam gefordert. Die von der IUSY formulierten Positionen schienen den Kritikern aus den eigenen Reihen nicht radikal genug. Letztlich hielten sie die IUSY für strukturell unfähig, die überlebten Konflikthaltungen aufzugeben. Als der Versuch des Generalsekretärs bekannt wurde, politisch anrüchige Gelder, die wahrscheinlich von der CIA kamen, verdeckt in die IUSY zu schleusen, lag für die Kritiker der IUSY der Beweis auf der Hand: die IUSY verfolgte eine dezidiert antikommunistische Politik, für die sie von der CIA finanziert wurde.

Schwitanski wertete abschließend den CIA-Skandal der IUSY als Teil einer Krise, in der verdichtet eine alte politische Haltung aufbrach, die die IUSY selbst zu einem Teil des Kalten Kriegs gemacht hatte. Nach der Krise bezog die IUSY veränderte politische Positionen und das alte antimilitaristische Projekt wurde nun im Sinne einer Entspannungspolitik durch Kommunikation mit den osteuropäischen Jugendverbänden fortgeführt.

Die Einflussnahme der CIA auf die europäische Gewerkschaftsbewegung

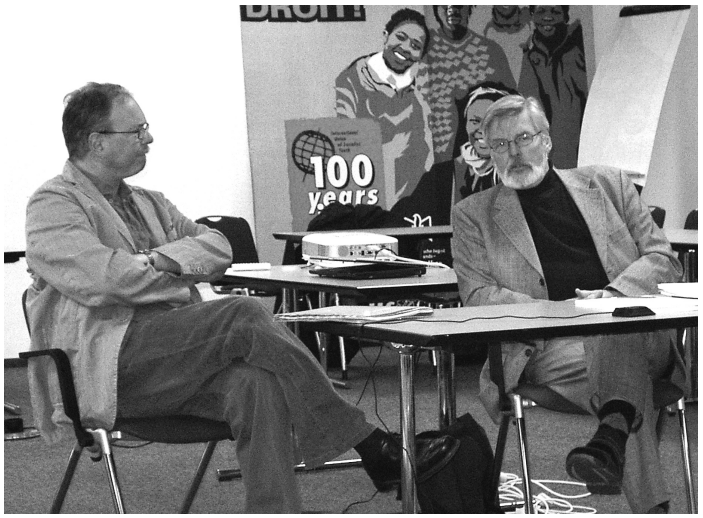
Auch das Referat von Karl Lauschke zum Einfluss der CIA auf die Gewerkschaften thematisierte, neben der Rekonstruktion der - in diesem Fall zeitgenössisch nicht aufgedeckten - Beziehungen von Gewerkschaften und CIA, die gesellschaftlichen Konsequenzen, die sich aus den Beziehungen von gesellschaftlichen Organisationen wie den Gewerkschaften zum Geheimdienst ergaben. Nach Lauschke ließ sich zwar nachweisen, dass Gelder von der CIA an die Gewerkschaften geflossen waren, dass dadurch jedoch kein politischer Einfluss auf die Gewerkschaften ausgeübt werden konnte. Vielmehr setzten auch die Gewerkschaften in Westeuropa - abgesehen von den dezidiert kommunistisch orientierten - zum Beginn der 1950er-Jahre auf eine Art von Konsenskapitalismus. Die Gewerkschaften setzten auf eine stärkere Beteiligung der Arbeiter am gesellschaftlichen Wohlstand auf der Basis eines beständigen Wirtschaftswachstums und konzentrierten sich auf die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Trennung von den kommunistisch orientierten Gewerkschaften in den internationalen Verbänden und die Ausblendung dezidiert politischer Inhalte aus den eigenen Agenden. Damit konnten sich die Gewerkschaften erfolgreich auf ein eigenes Projekt stützen und besaßen auch genügend Widerstandskraft gegen Bevormundungen von Seiten der Geldgeber. Das Ende der finanziellen Unterstützung durch die CIA setzte Karl Lauschke dann auch schon um das Jahr 1958 an.



Karl Lauschke
Foto: Alexander J. Schwitanski

In der folgenden Diskussion wurde besonders lebhaft auf die Frage nach einer möglichen Beeinflussung der starken antikommunistischen Tendenzen der Gewerkschaften durch die CIA eingegangen. Die möglichen Wege der Einflussnahme wurden unter verschiedenen Aspekten diskutiert, insbesondere, ob nicht die finanzierten Austauschprogramme mit den USA zur Beeinflussung der Personalpolitik der Gewerkschaften führte. Karl Lauschke beharrte darauf, dass der von ihm diagnostizierte antikommunistische Grundkonsens bei den Gewerkschaften in Europa nicht auf eine gezielte Einflussnahme mittels Finanzleistungen zurückzuführen sei, sondern Teil des zeitlichen Kontextes war. Aus dem Plenum wurde dies als erfolgreiche Integration der Gewerkschaften in die westli-

chen Gesellschaften und als Scheitern des Modells des Dritten Weges gewertet, das auch bei den Gewerkschaften diskutiert worden war . Soweit wollte Lauschke aber nicht gehen. Gerade mit dem Marshall-Plan und den damit verknüpften Konsultationsmechanismen habe auch für die Gewerkschaften die Aussicht bestanden, einen Dritten Weg zu verwirklichen. Eine deutliche und bewusste Verortung auf einer politischen Seite des Kalten Krieges konnten die Gewerkschaften vermeiden, weil sie auf die Aufgabe der Interessenvertretung ausgewichen seien. Damit war subjektiv eine Positionierung vermieden. Die Trennung von den kommunistischen Gewerkschaften erfolgte, weil deren letztlich politischen Projekte eben die effektive Interessenvertretung verhindert hätten und die Gewerkschaften im Irrgarten der Politik untergegangen wären.



Wolfgang Uellenberg-van Dawen im Gespräch mit Jerry Svensson
Foto: Alexander J. Schwitanski

Entspannung und Abrüstung in den 1970er- und 1980er-Jahren

In den letzten Sektionen der Tagung wurde die jüngere Geschichte der IUSY, die Zeit ab den 1970er-Jahren, in Gesprächen mit Zeitzeugen und heute noch Aktiven erschlossen. Zu Beginn sprach Wolfgang Uellenberg-van Dawen mit Jerry Svensson über die Rolle der IUSY in der Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren. Jerry Svensson war 1971 bis 1973 Generalsekretär der IUSY und somit der erste nach der CIA-Affäre. Dieser Umstand bildete einen der beiden Schwerpunkte des Gesprächs; den anderen bildeten die besonderen politischen Umstände, wie der Umgang mit den Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland und die Umbrüche in Chile oder der Vietnamkrieg.

In seiner Zeit als Generalsekretär war es eine zentrale Aufgabe von Jerry Svensson, die IUSY wieder aufzubauen, nachdem es sie von 1969 bis 1971 faktisch nicht gegeben hatte. Das bedeutete konkret, Kontakte zu Mitgliedsorganisationen aufzubauen und bei diesen ein Bewusstsein für die IUSY zu schaffen und auf diese Weise die IUSY zu stärken. Eine Auflösung der IUSY war trotz der Krise nie ein Thema gewesen. Das Verlangen nach einer internationalen Struktur war weiterhin vorhanden.

Große internationale Brennpunkte in dieser Zeit waren der Vietnamkrieg, drei faschistische Länder in Europa und die Situation in Chile. Die Solidarität mit Chile und die Ablehnung des Vietnamkrieges in der IUSY führten zu einer fast allgemeinen antiamerikanischen Stimmung. Dies war ein deutlicher Bruch, denn bis zum Vietnamkrieg war eine proamerikanische Haltung dominierend gewesen, weil die USA Europa vom Faschismus befreit hatten.

Dem Gespräch mit Jerry Svensson folgte eines mit Robert Kredig, das die Zeit vom Ende der 1970er-Jahre bis zum Ende der 1980er-Jahre beleuchtete. Robert Kredig war in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre Generalsekretär der IUSY. Zu dieser Zeit wurde die Frage nach einer gerechten Weltordnung und das Aufkommen eines Nord-Süd-Konflikts zunehmend Teil der Friedens- und Entspannungspolitik. Aber auch die Arbeitsweisen der IUSY änderten sich zu dieser Zeit. So berichtete Kredig im Gespräch mit Wolfgang Uellenberg-van Dawen von der Gründung der IUSY-AG, einer Allianz von Mitgliedsorganisationen aus den Benelux-Ländern, Österreich, der Schweiz und Deutschland, die noch bis heute besteht. Die hier in der AG versammelten Organisationen waren Gruppen, die sich weniger als loyale Parteijugenden verstanden, sondern sich mehr links von den großen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien verorteten. Sie besetzten die gleichen Politikfelder wie die "Großen" (z.B. Abrüstung), hatten aber andere Positionen dazu. Ebenso begann die IUSY in dieser Zeit, durch Kampagnen inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

Einer der Konflikte, die IUSY zu jener Zeit beschäftigte, waren die israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen. Als die Jugendorganisation der palästinensischen PLO zum

ersten Mal zu einem IUSY-Festival eingeladen wurde, führte dies dazu, dass sich die israelischen Verbände von der IUSY und deren Mitgliedsorganisationen entfernten. Es war ein langer Prozess, sie wieder in die IUSY einzubinden.
Zum Verhältnis zum "Weltbund der demokratischen Jugend" berichtete Kredig, dass immer wieder der Dialog gesucht wurde und Delegationen der IUSY an den Weltjugendfestspielen teilnahmen. Dieser Weg der Annäherung wurde von Kredig als richtige Politik gewertet, zumal der Weltbund der demokratischen Jugend nie ein monolithischer Block war, erst recht nicht mehr nach dem Umbruch von 1989.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen (l) im Gespräch mit Robert Kredig
Foto: Alexander J. Schwitanski

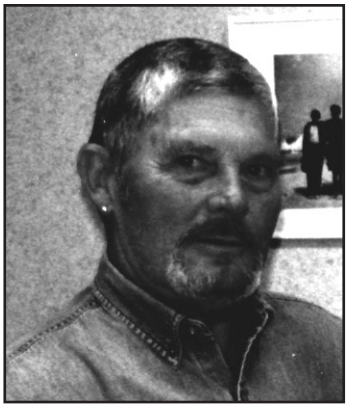
Antimilitarismus, Internationale Friedenseinsätze und Krieg gegen den Terror: Themen und Aktionsformen der IUSY heute

In einer letzten Gesprächsrunde wurde das Thema der ersten beiden Referate, Antimilitarismus der Sozialistischen Arbeiterjugend und Pazifistische Bewegung, aufgegriffen und unter den veränderten Bedingungen der heutigen Zeit betrachtet. Mit Joachim Schramm, Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW (DFG-VK) und Sven Frye, Bundesvorsitzender der SJD - Die Falken und Mitglied der IUSY Kontrollkommission, führte Alexander Schwitanski dazu das Gespräch.
Nach wie vor ist eines der wichtigsten Aktions- und Betätigungsfelder der DFG-VK die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern, auch wenn dieses Thema heute eine deutlich andere Rolle spielt als früher. Dabei geht es heute zum Beispiel darum, Ungleichheiten die sich aus dem Verfahren der Verweigerung ergeben, zu lindern, da aufgrund der Verfahrensweise Hauptschüler beispielsweise schlechtere Bedingungen haben als andere. Politisch verfolgt die DFG-VK dabei das Ziel, Zwangsdienste insgesamt abzuschaffen.
Für die IUSY sei dagegen, so Sven Frye, die Kriegsdienstverweigerung im Zusammenhang mit dem Antimilitarismus kein zentrales Thema. Vielmehr ginge es der IUSY um kollektive Lösungen. Kriegsdienstverweigerung sei dabei ein kleines Element zur Entmilitarisierung der Gesellschaft. Themen auf nationaler Ebene seien unter anderem die Veränderung verteidigungspolitischer Richtlinien und der diskutierte Einsatz im Innern.
Sven Frye resümierte, dass in vielen Bereichen eine Entpolitisierung stattfinde, wenn es um das Thema Antimilitarismus gehe. Oftmals werden Krieg und Militarismus zu wenig in einen kapitalistischen Zusammenhang gebracht. Dabei seien nach wie vor Antimilitarismus und Antikapitalismus nicht getrennt voneinander zu denken.
Für die DFG-VK wollte sich Schramm nicht auf ein bestimmtes Gesellschaftssystem festlegen, auch nicht auf ein antikapitalistisches. Wohl aber sah er die Notwendigkeit, für gerechte Gesellschaftsstrukturen zu sorgen, auch auf internationaler Ebene. Die DFG-VK betrachte sich als Teil der globalisierungskritischen Bewegung.
Insgesamt war zu bilanzieren, dass DFG-VK und SJD-Die Falken unterschiedliche Ziele verfolgen und Aufgaben haben, und dass daraus unterschiedliche Arbeitsweisen resultieren. Trotzdem bieten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte und das generelle Ziel einer friedlichen Welt wird von beiden Organisationen geteilt. Vielleicht konnte das Gespräch von Schramm mit Frye auch dazu beitragen, an die in den 1980er-Jahren engere Zusammenarbeit zwischen beiden Verbänden wieder anzuknüpfen. Für die Geschichte der IUSY jedenfalls konnte mit der Archivtagung 2008 zu einem zentralen Thema ein vertiefter Kenntnisstand erreicht werden. Und für mich war es ein spannendes Wochenende, das mich neue Einblicke in Teilbereiche der Geschichte meines Verbandes hat gewinnen lassen.

Klaus Klarenberg verstorben

Im Juli diesen Jahres verstarb Klaus Klarenberg, langjähriges Mitglied des Förderkreises. Klaus gehörte zu den Falken seit der Neubegründung unseres Verbandes nach dem 2. Weltkrieg. Mit seinem Einsatz war er maßgeblich mit am Bau des Falkenheims in Gladbeck, das er durch die Jahrzehnte betreute, beteiligt. In seinen sechzig Jahren Mitgliedschaft in der SPD stieß Klaus manche Wendung in der Politik auch sauer auf, trotzdem wirkte er auch hier stetig mit. Von 1976 bis 1989 gehörte er für die Sozialdemokratie dem Rat der Stadt Gladbeck an. Sein Engagement galt auch hier der Jugend, so dass er lange Zeit als stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses fungierte.

Mit Klaus haben die Falken und auch das Archiv einen engagierten Förderer verloren. Wir werden uns an Klaus Klarenberg und seine Tatkraft erinnern.



Klaus Klarenberg

Heinz Kamm verstorben

Die Nachricht traf alle unerwartet und hart: Heinz Kamm ist am 7. August gestorben.

Heinz Kamm schloss sich bereits als Junge der SJD - Die Falken an.

In der Neudorfer Gruppe fand er nicht nur Freunde, sondern Weggefährten, die er bis zuletzt begleiten sollte.

Bald schon engagierte sich Heinz nicht mehr nur für die eigenen Interessen, sondern wurde als Mitarbeiter der Falken, als Helfer von Kinder- und Jugendgruppen aktiv. Dabei übernahm er schnell vielfältig auch organisatorische Aufgaben und bewies dabei Geschick und Übersicht und die ihm zeitlebens eigene Zuverlässigkeit.

So lag es nahe, dass er, als dem Kreisverband die Besetzung einer hauptamtlichen Stelle möglich wurde, gefragt wurde, ob er sich wohl dieser Aufgabe stellen möchte. Heinz Kamm tat das und wurde Falkensekretär - was er bis zu seiner Rente blieb. Dabei verschoben sich im Laufe der Jahre seine Aufgabengebiete. In Duisburg beginnend, organisierte er neben dem "Alltagsgeschäft" des Kinder- und Jugendverbandes zahllose Zeltlager und Freizeiten. Später wechselte Heinz Kamm in das nordrhein-westfälische Landesbüro der Falken. "Der Rote Falke erfüllt die Aufgaben, die seine Gemeinschaft ihm überträgt." Diesen Grundsatz erfüllte Heinz auch hier. Nicht nur Rat, auch aktive Hilfe und Unterstützung wurde manchem ehren- und hauptamtlich aktivem Falken durch Heinz zuteil.

Doch in den vielen Jahren seiner hauptamtlichen Tätigkeit wurde Heinz nie "Berufsjugendlicher", einer der etwa nur einen "Job" erfüllte. In den langen Jahren, in denen Heinz für das Duisserner Bauernhaus verantwortlich war, kümmerte er sich dort um Angebote und Programme. Wichtiger aber noch - er vergaß niemals sich um diejenigen zu kümmern, die da nachwachsen, die in Aufgaben und Verantwortlichkeiten nachrücken sollten. Und so hielten die Bande zu "seiner Gruppe" über all die Jahre die gemeinsam vergingen - und sie werden noch lange halten.

Sein Engagement für Kinder und Jugendliche, für die Kinder der einfachen Leute, beschränkte Heinz aber nicht nur auf unseren Verband. Früh schloss er sich der Sozialdemokratischen Partei an und übernahm auch hier zahlreiche Funktionen, Mandate und Aufgaben. Heinz engagierte sich auf kommunalpolitischer Ebene und darüber hinaus. Er wirkte in zahlreichen Vereinen und Verbänden - ohne dabei jemals das Ziel aus den Augen zu verlieren, sich für Kinder, Jugendliche und ihre Familien einzusetzen.

Heinz Kamm ist nicht mehr unter uns. Wir trauern um ihn. Doch Heinz hat in sechs Jahrzehnten unseren Verband ganz entscheidend mitgeprägt. Sein Wirken ist nicht spurlos geblieben.

(K)eine Teilung Polens?

Diskussion zwischen Manfred Feustel und Alexander J. Schwitanski

Die in den letzten Mitteilungen veröffentliche Rezension zu dem Buch von Paje Wapner-Levin, *Von Wilna nach Buenos Aires. Erinnerungen einer Lehrerin an den Holocaust*, hat Widerspruch hervorgerufen. Dabei steht nicht die Deutung des Buches im Mittelpunkt der Kritik, sondern die in der Rezension enthaltene Deutung bestimmter historischer Abläufe. Da es sich um eine grundsätzliche Frage an die deutsch-polnische Geschichte handelt, kann das Thema vielleicht breitere Aufmerksamkeit beanspruchen, weshalb wir die Diskussion hier vorstellen wollen.

Manfred Feustel, Mitglied des Vorstands der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. und Mitglied im Förderkreis "Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung" schreibt dazu:

In der Rezension in den Mitteilungen vom Mai 2007 hat mich der Halbsatz "mit der Aufteilung Polens durch den Hitler-Stalin-Pakt fiel Wilna an Litauen..." irritiert. Diese Formulierung entspricht m.E. nicht nur nicht den historischen Tatsachen, es handelt sich um eine grobe Vereinfachung und, was das wichtigste ist, sie führt zu einer Verharmlosung der Verbrechen des faschistischen Deutschlands in Polen.

Die deutsche Wehrmacht hat Polen in den Morgenstunden des 1. September 1939 überfallen und einen Vernichtungskrieg begonnen. Bereits am 19. September musste der Hauptteil der polnischen Streitkräfte die Waffen strecken und die nationalsozialistische Propaganda sprach von einem "Feldzug der achtzehn Tage" und von einem "Blitzkrieg". Der Einmarsch der sowjetischen Truppen begann am 17. September 1939 um 6.00 Uhr.

Beim sogenannten Hitler-Stalin-Pakt handelt es sich um den am 23.8.1939 vom deutschen Außenminister Ribbentrop unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Nazideutschland. In einem "Geheimen Zusatzprotokoll" wurden für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete, die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Warum hat ausgerechnet die UdSSR mit den Nationalsozialisten solch einen Vertrag geschlossen? Paul Sethe, sicherlich unverdächtig ein Freund der Sowjetunion zu sein, schreibt dazu: "Nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland an die Herrschaft gekommen war, hatten sich die Blicke Stalins und seiner Berater vornehmlich auf die Bedrohung gerichtet, die aus diesem Land kommen musste. Aus seiner tödlichen Feindschaft gegen den Bolschewismus hatte Hitler niemals einen Hehl gemacht. Als die Krisis um die Sudetendeutschen ausgebrochen war, hatte Stalin darauf gedrängt, zusammen mit dem Westen gegen Hitler vorzugehen. Er war dabei enttäuscht worden. Im März 1939, als die deutschen Truppen in Prag einmarschierten, sah er wiederum den Westen zurückweichen. Das hatte eine tiefe Wirkung auf ihn. Er hielt den Westen nun für unfähig, gegen Hitler vorzugehen, und zog es vor, sich mit ihm zu einigen."[1]

Vorausgegangen war eine äußerst komplizierte Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR, Polen und Deutschland in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Die Entwicklung soll skizziert werden:

Die provisorische russische Regierung hatte am 17.03.1917 in Abstimmung mit den Westalliierten "der Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates, gebildet aus allen Gebieten, deren Bevölkerung in der Mehrzahl aus Polen besteht", proklamiert. 1918 nutzten die Polen im Osten die Gunst der Stunde des russischen Niedergangs.

Litauen war am 23.03.1918 gegen polnischen Protest unabhängig geworden. Im Mai 1919 besetzte Polen Teile des Landes mit seiner Hauptstadt Wilna und gliederte das Gebiet schließlich dem neuen polnischen Staat ein. Die Alliierten erkannten die Angliederung 1923 an, Litauen erst nach einem Ultimatum im März 1938.

Der unabhängige ukrainische Staat befand sich nach dem Abzug der Deutschen im März 1918 in einer ähnlich kritischen Lage. Eine von Moskau durch die Entsendung von Truppen gestützte ukrainische Sowjet-Regierung übernahm das Gebiet. Unter Voraussetzung der

damaligen panischen Angst der West-Alliierten vor dem Bolschewismus begannen polnische Truppen im Mai 1919 mit dem Einmarsch in die Ukraine. Sie erhielten von den Alliierten die Vollmacht zur Besetzung Ostgaliziens. Die Polen stießen jedoch weiter nach Weißrussland vor, besetzten im September 1919 Minsk. Im April 1920 stießen polnische und (weiß)-ukrainische Verbände in die Ukraine vor, am 7. Mai wurde Kiew besetzt, konnte jedoch nur einen Monat gegen die Rote Armee gehalten werden, die in einem kräftigen Gegenstoß die Polen weit zurücktrieb. Daraufhin schlug die britische Regierung am 12. Juli 1920 durch ihren Außenminister Lord Curzon einen Waffenstillstand auf der Linie der Festlegung vom 8.12.1919 vor. Diese Grenze erhielt im allgemeinen Sprachgebrauch den Namen "Curzon-Linie". Pilsudski trat im August 1920 zum Gegenstoß an, das sowjetische Heer ("Wunder an der Weichsel") unterlag. "Die Sowjets wurden schließlich... zum Friedensschluss von Riga (18.03.1921) gezwungen." "Die festgelegte Grenze lag weit östlich der Curzon-Linie."
Nach polnischen Quellen umfasste die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ost-Grenze etwa 6 Millionen Ukrainer und Weiß-Russen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden, und nur etwa 1,5 Millionen Polen.
1939 begründete die Sowjetregierung ihren Einmarsch damit, dass "der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren." Und weiter: "die Sowjetregierung kann sich auch nicht gleichgültig dazu verhalten, dass die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben. Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrussland unter ihren Schutz zu nehmen."
Eine Gleichsetzung des deutschen Überfalls und des Einmarsches der Roten Armee bis hin zur Formulierung der Teilung Polens durch den "Hitler-Stalin-Pakt" ist an der Geschichte vorbei gekehrt.[2]

Dagegen meint Alexander J. Schwitanski:

In der historischen Forschung ist die Rede von der Teilung Polens in Bezug auf den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt in der ein oder anderen Form durchaus gängig. Ludolf Herbst reiht das deutsch-sowjetische Abkommen sogar in die Geschichte der polnischen Teilungen seit dem 18. Jahrhundert ein, indem er von einer "vierten Teilung" Polens spricht.[3] Angesichts des Wissens um die nationalsozialistische Herrschaftspraxis im besetzten Polen erscheint ein Vergleich des deutschen Angriffs auf Polen 1939 mit den Teilungen Polens innerhalb der dynastisch organisierten europäischen Staatenwelt des späten 18. Jahrhunderts verfehlt. Wenn aber dennoch von einer Teilung Polens durch den Hitler-Stalin-Pakt die Rede ist, dann deshalb, weil hier die Ebene der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis und ihrer rassistischen Motivationen zunächst ausgeblendet bleibt. Den Blick einmal auf die Ebene des internationalen Systems und das diplomatische Vorspiel zu lenken, ist aber durchaus legitim.
Betrachtet man nun die Ebene des internationalen Systems, so sind die kriegerischen Umstände der polnischen Staatsbildung im Gefolge des Ersten Weltkriegs nicht abzustreiten. Völkerrechtlich wurde die Grenzfrage zwischen Polen und der Sowjetunion aber gültig durch den Friedensvertrag von Riga entschieden; die Curzon-Linie fand keine völkerrechtliche Anerkennung. Dass der neuentstandene polnische Staat nun auch andere als polnische Nationalitäten umfasste, spricht auch nicht gegen die Legitimität seiner Grenzen. Allenfalls ist darin ein Motiv der sowjetischen Absichten zur Revision der nach dem Ersten Weltkrieg festgestellten territorialen Ordnung zu erblicken.
Ob die Sowjetunion entsprechende Revisionspläne verfolgte, scheint bislang aufgrund der Quellenlage noch nicht eindeutig beantwortet werden zu können. Zumindest rät Manfred Hildermeier in diesem Punkt zur Vorsicht, vor allem wenn es um die Unterstellung einer langfristig gehegten Revisionsabsicht geht. Nicht zu bestreiten ist aber, dass die Sowjetunion die Chance zur territorialen Revision ergriff, als diese von Deutschland angeboten wurde. Die Absteckung der Interessensphären im Zusatzabkommen für den Fall der territorialen Umgestaltung war auch auf Seiten der Sowjetunion keine Rückversicherung für eine unwahrscheinliche Eventualität, son-

dern die "einvernehmliche Lösung" für einen "fest einkalkulierten Fall". Die sowjetische Führung "wusste", "dass sie mit ihrer Unterschrift den ungeliebten polnischen Staat ans Messer lieferte". Auch Hildermeier spricht deshalb davon, dass sich mit dem Hitler-Stalin-Pakt "zwei Eroberer die Beute teilten".[4] Das deutsch-sowjetische Abkommen lieferte Hitler die notwendige diplomatische Rückendeckung, um den Krieg gegen Polen ohne die Sorge vor einer russischen Intervention beginnen zu können. Als die Sowjetunion dann in die ihr durch das Abkommen zugewiesenen Gebiete einmarschierte, war die polnische Armee zwar durch das deutsche Vorgehen schon entscheidend geschlagen; dennoch drängte das Deutsche Reich die Sowjetunion zu einem militärischen Vorgehen gegen Polen. Deutschland war daran gelegen, den Krieg gegen Polen so schnell wie möglich zu beenden, um einem möglichen Entlastungsangriff der Briten und Franzosen auf Deutschland zur Unterstützung der polnischen Verteidigungsanstrengungen zuvor zu kommen. Stalin folgte schließlich dem deutschen Drängen und die Rote Armee nahm den polnischen Truppen ihre östlichen Auffangstellungen. Dass das geheime Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt durchaus als "Teilungsvertrag"[5] bezeichnet werden kann, wird auch durch die den militärischen Operationen folgende diplomatische Arrondierung der gewonnenen Gebiete durch den Grenzvertrag zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich vom 28. September 1939 belegt. In diesem Vertrag tauschten die Sowjetunion und das Deutsche Reich noch einmal einzelne Gebiete des früheren polnischen Staates aus, wodurch sich die Sowjetunion den Zugriff zunächst auf Litauen sicherte. Bereits im Herbst 1939 begann die Sowjetunion dann damit, die Souveränität der aus der Konkursmasse des Zarenreiches entstandenen baltischen Staaten abzuschmelzen, bis auch diese Ende Juli 1940 in die Sowjetunion eingegliedert wurden. Das nun ebenfalls souveräne, frühere russische Großfürstentum Finnland, das sich, anders als die baltischen Staaten, dem russischen Druck widersetzte, wurde entsprechend schon im Winter 1939/1940 von der Sowjetunion militärisch angegriffen. All dies zeigt, dass das deutsch-sowjetische Abkommen vom August 1939 und der folgende sowjetische Einmarsch in Polen der Auftakt zu einer auch von Seiten der Sowjetunion - wenn vielleicht auch nur situativ - betriebenen Politik der Revision der territorialen Nachkriegsordnung war. Der Begriff der Teilung ist daher hier durchaus am Platz. Eine Verharmlosung der deutschen Verbrechen in Polen ist darin nicht enthalten, da über die deutsche Herrschaftspraxis und ihre rassistische Motivation im Begriff der Teilung nichts ausgesagt ist.

Anmerkungen:

1 Paul Sethe, Schicksalsstunden der Weltgeschichte. Die Außenpolitik der Großmächte von Karl dem Fünften bis Chruschtschow, 8. Aufl., Frankfurt a.M. 1965, S. 272f.

2 Die Fakten und Zitate wurden entnommen: "Informationen zur politischen Bildung" Nr. 142 und 143 von 1970 "Deutsche und Polen", Heft 1 und 2, Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung Bonn.

3 Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt a.M. 1996, S. 276.

4 Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 585-596, Zitate S. 594f.

5 Jörg K. Hoensch, Geschichte Polens, 2. Aufl., Stuttgart 1990, S. 279.

Das Fest als Theater

Matthias Warstat, Theatrale Gemeinschaften. Zur Festkultur der Arbeiterbewegung 1918-33, Tübingen, Basel: A. Francke Verlag, 2005, 438 Seiten, ISBN 3-7720-8079-0, Preis: 64 €

Das Buch von Matthias Warstat widmet sich nicht schwerpunktmäßig der Arbeiterjugendbewegung, doch betrifft seine theaterwissenschaftliche Untersuchung diese in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur, weil die Organisationen der Arbeiterjugend natürlich bei Festen der Organisationen der Arbeiterbewegung präsent sind; nicht nur, weil Warstat in ihnen Vorreiter sieht bei der Durchsetzung neuer ästhetischer Entwürfe für die Festkultur der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik; sondern auch, weil seine Interpretation der sozialen Funktion der Feste und ihrer veränderten Ästhetik in der Weimarer Republik auch interessante Anstöße für die Betrachtung von ureigenen Aktionsformen der Arbeiterjugendbewegung geben.

Die Einstudierung eines Stücks für den Bewegungschor in der Kinderrepublik am Thuner See 1930
Foto: Mara Löwenstein

Doch blicken wir zunächst auf den Inhalt des Buches. Im Kern geht es Warstat um die Veränderung von Festen der Arbeiterbewegung, also der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und ihrer Vorfeldorganisationen, während der Weimarer Republik. Warstat begreift diese Veränderung als die Durchsetzung einer Tendenz, aus Festen Aufführungen zu machen, Feste mit Mitteln des Theaters zu gestalten. Was dort zur Aufführung kam, waren Vorstellungen von Gemeinschaft.

Warstat beschreibt die Entwicklung der Feste der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik von der andersgelagerten Situation der Arbeiterfestkultur des 19. Jahrhunderts aus. Diese sei den Mitteln des Theaters gegenüber durchaus kritisch gewesen. Mit der Festrede habe stattdessen ein rationales, auf das gesprochene Wort setzendes Element im Mittelpunkt der Festkultur gestanden. Zur Zeit der Weimarer Republik sieht Warstat eine veränderte Lage. Eine Vertrauenskrise gegenüber dem gesprochenen Wort, die aufkommende Konkurrenz von milieueigenen Veranstaltungen der Arbeiterbewegung zu neuen medialen Freizeitattraktionen und der Verlust der Utopie angesichts der Realität der Weimarer Republik sorgten nach Warstat dafür, dass die Festkultur der Arbeiterbewegung sich zunehmend theatralen Elementen öffnete.

In den ersten beiden Teilen seines Buches untersucht Warstat anhand unterschiedlicher Festtypen - Totengedenkfeiern, Jahrestagen, Vergnügungsfesten, Jugendweihen - das Wirken verschiedener Elemente von Theatralität. Warstat stellt dar, wie Körper im Raum organisiert wurden, welche Bedeutung nun die Erzeugung von Atmosphären erhielt, wie den Festbesuchern in der Inszenierung des Festes die Rollen von Publikum und Darstellern gleichermaßen zugewiesen wurden und so in einem doppelten Sinne Gemeinschaft hergestellt wurde, als sichtbare und erlebbare, und wie die Instrumente der Disziplinierung funktionierten, die nötig waren, damit die Inszenierungen eines Festes in diesem Sinne gelingen konnten. Warstat hält bei alldem sowohl Feste der Sozialdemokraten als auch der Kommunisten im Blick und verschweigt nicht die Grenzen, an die die neuen Bestrebungen stießen. Gerade bei der für den Festcharakter so wichtigen Erzeugung von Atmosphären sieht Warstat übrigens die Arbeiterjugendbewegung in einer wichtigen Vorreiter- und Vermittlerrolle: Durch die Übernahme von Elementen der bürgerlichen Jugendbewegung wie dem Lagerfeuer und der Naturverbundenheit durch die Arbeiterjugendbewegung konnten diese Elemente auch als Teile der Festinszenierung in die Festkultur der Arbeiterbewegung einsickern und diese um ein mehr emotionales Moment bereichern.

Der dritte Teil des Buches bildet mit der Beschreibung eines neuen Festtyps, des Festspiels oder des Festes als Theater, auch eine Art von Konklusion. Die einzelnen theatralen Elemente, die Warstat anhand der verschiedenen Festtypen zuvor beschrieben hat, verdichten sich in den massenchorischen Festspielen sozialdemokratischer beziehungsweise den Agitprop-Revuen kommunistischer Provenienz zu bewussten Theateraufführungen, deren Konzeption vom professionellen Theater beeinflusst

waren. Von einer solchen Aufführung wurde der ganze Charakter eines Festes bestimmt. Gerade in solchen Aufführungen sieht Warstat ein jeweiliges Gemeinschaftsbild nicht nur ausgedrückt; das Fest wurde nach Warstat zur Heterotopie, einer erlebbaren Gegenwelt, in der das jeweilige Gemeinschaftsideal erfahren werden konnte.

Im Zuge seiner Untersuchung streift Warstat verschiedene, bereits von der Forschung bearbeitete Themen, und so ist nicht jedes von ihm gelieferte Ergebnis komplett neu. Warstat setzt sich jedoch auch von einigen bislang in der Forschung vertretenen Thesen ab, indem er Differenzierungen einführt. So sieht Warstat die Militarisierung der Festkultur, zum Beispiel durch die Art und Weise des Auftretens von Formationen wie dem Rot-Front-Kämpferbund oder dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, beschränkt auf bestimmte Festtypen. Auch sieht Warstat die soziale Wirksamkeit theatraler Feste hinsichtlich der intendierten Mobilisierungserfolge durchaus skeptisch. Etwas knapp fällt der Versuch Warstats aus, die Frage zu beantworten, ob die neuen ästhetischen Konstellationen der Arbeiterfestkultur mit dazu beitrugen, den Boden für die nationalsozialistischen Inszenierungen zu bereiten.

Warstats Buch regt in mehrfacher Hinsicht zum Nachdenken an. Seine Deutung der sozialdemokratischen Feste als erlebbare Gegenwelten wirft Fragen auf, die auch die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung betreffen. Wenn Warstat die inszenierten Feste im Anschluss an Langewiesche "als Augenblicke einer vorweggenommenen Zukunft" (S. 69) beschreibt, als erlebbare Gegenwelt, drängt sich die Parallele zu den Zeltlagern der Kinderfreunde und dem Konzept einer den Sozialismus antizipierenden Erziehung geradezu auf. Wie aber verhält es sich um den Inszenierungscharakter der Kinderrepubliken und ihrer Einrichtungen? Und greifen auch hier die Inszenierung der erlebbaren Gegenwelt und der Utopieverlust angesichts der politischen Realität ineinander, wie Warstat meint? Dies sind nur einige der Fragen, die sich bei der Lektüre von Warstats Buch einstellen und die es spannend erscheinen lassen, die Kinderrepubliken der Weimarer Zeit einmal in einer theaterwissenschaftlichen Perspektive zu betrachten.

Die inszenierte Gemeinschaft: Vermischung von theatralen Aspekten und Zeltlagerpädagogik
Foto: Mara Löwenstein

Alexander J. Schwitanski

Der "böse Fritz"

Michael Benz, Der unbequeme Streiter. Fritz Lamm, Jude, Linkssozialist, Emigrant, 1911-1977. Eine politische Biographie, Essen: Klartext-Verlag, 2007, 552 Seiten, ISBN 3-89861-660-6, Preis: 29,90 €

Geboren in Stettin 1911, wuchs Fritz Lamm in einem bürgerlichen, jüdisch-deutschen Elternhaus auf. Lamm engagierte sich zunächst bei den bündisch-jüdischen "Kameraden" und ging, als es mit dem reichen Erbe nichts geworden war, als Volontär zum sozialdemokratischen Volksboten. Er hält nichts von den Ideen einer sozialen Marktwirtschaft und fliegt bald sowohl aus der Zeitung wie aus der SPD - "wegen der Radikalisierung der Jugend anhand der Schriften von Marx und Engels" (Ausschlussbegründung vom August 1931).

Lamm wird Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und versucht sich beruflich durch den Betrieb einer Leihbücherei über Wasser zu halten. Als Hitler Reichskanzler geworden ist, wird Lamm von der Gestapo verhaftet, gefoltert und 1934 in Leipzig wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Ende 1935 kommt er frei und beginnt in Stettin, den illegalen Apparat der SAP aufzubauen. Schließlich flieht er in die Schweiz, wird aber rasch als Politischer und Jude in das klerikalfaschistische Österreich abgeschoben. Doch Lamm gelingt es, in die liberale Tschechoslowakei zu reisen, wo er an der Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem ersten Zusammenschluss sozialistischer und kommunistischer Jugendgruppen unter diesem Namen, beteiligt ist. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen 1938 beginnt für Lamm eine abenteuerliche Irrfahrt durch verschiedene Exilorte und Internierungslager. In Paris wird er als "besonders gefährlicher Ausländer" verhaftet und nach Südfrankreich verschleppt. 1942 entkommt er in Marseille seiner Auslieferung nach Deutschland.

Über Casablanca fährt er nach Havanna.
Die Alliierten lassen Lamm erst 1948 wieder nach Deutschland zurückkehren. Für den schon wieder als politisch gefährlich eingestuften Emigranten interveniert unter anderem August Thalheimer, der Kopf der KPO, bei den US-Militärbehörden. 1949 wird Lamm Redaktionssekretär bei der Stuttgarter Zeitung und tritt wieder in die SPD ein. Beim großen Zeitungsstreik 1952 denunziert ihn die Verlagsleitung als "roten Rädelsführer" und schmeißt ihn raus. Lamm lässt sich als "Handlanger" erneut einstellen, ist bald Betriebsratsvorsitzender des Unternehmens, für das er bis zu seiner Pensionierung arbeitet.
Sein hauptsächliches Engagement gilt in den Jahren der Adenauer-Regierung der Bildungsarbeit bei den Falken, der Naturfreundejugend, den Freidenkern und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Mit seiner marxistischen Aufklärungsarbeit und seinem ökologischen Engagement gegen Atomkraft und Polizeistaat ist er bald wieder reif für den nächsten SPD-Ausschluss: "Indoktrinierung der Jugend durch Lektüre von Marx und Engels" (Ausschlussbegründung 1961). Mitsamt den intellektuellen Förderern des SDS gründet er zum ersten und letzten Mal einen eigenen Verein für heimatlose Linke, den "Sozialistischen Bund - SDS Fördererverein", für dessen Organ Lamm schreibt und redigiert. Die Zeitschrift wird zum Kern der linken Selbstaufklärung in den sich entwickelnden Massenbewegungen gegen Algerien- und Vietnamkrieg, Atombewaffnung und Notstandsgesetze.
Um den "bösen Fritz" (Erich Ollenhauer) moralisch fertig zu machen, lanciert der Stuttgarter SPD-Innenminister die Veröffentlichung von Liebesbriefen, die Lamm an einen Stricher geschrieben hat. Durch diese Denunziation lässt sich Lamm aber nicht aufhalten. In Zeiten des militanten Antikommunismus kümmert er sich darum, die Reste der alten Arbeiterkulturbewegung, Freidenker und Naturfreunde zu organisieren.
Lange Jahre ist Lamm Bundesreferent der Naturfreunde und beinflusst deren Entwicklung einer eigenständigen ökologisch-sozialistischen Position. Mitte der 1970er-Jahre ist er der zentrale Moderator der schweizerisch-deutsch-österreichischen Streitgespräche der Naturfreundejugend. Der heutige österreichische Bundespräsident Heinz Fischer erinnert sich, dass Lamm damals derjenige war, der erst die österreichische Naturfreundejugend und dann die Gesamtheit der sozialdemokratischen Jugendfunktionäre gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Atomkraft einschwor.
1977 stirbt Fritz Lamm, ein Jahr nach seiner Pensionierung, an einem Herzinfarkt. Im November 1978 verhindert eine Volksabstimmung, dass das Atomkraftwerk im niederösterreichischen Zwentendorf in Betrieb gehen kann.

Jochen Zimmer

Geschlechtsbezogene Identität und Cliquen

Birgit Bütow, Mädchen in Cliquen. Sozialräumliche Konstruktionsprozesse von Geschlecht in der weiblichen Adoleszenz, Weinheim, München: Juventa Verlag, 2006, 272 Seiten, ISBN 3-7799-1374-7, Preis: 23 €

Hinter dem flotten Titel Mädchen in Cliquen, der eine flüssig zu lesende Studie aus der Lebenswelt heutiger Mädchen zu versprechen scheint, verbirgt sich eine Untersuchung zur Entwicklung von Mädchen im Übergangsstadium von der Kindheit zum Erwachsenenalter. Wie auch der Untertitel des Werkes, *Sozialräumliche Konstruktionsprozesse von Geschlecht in der weiblichen Adoleszenz,* deutlich macht, basiert die Arbeit auf den Grundsätzen einer konstruktivistischen Genderforschung.

Obgleich der Rezensent gestehen muss, auf diesem Gebiet durchaus kein Fachmann zu sein, und das anzuzeigende Buch kompromisslos in der entsprechenden sozialwissenschaftlichen Fachsprache verfasst ist (es handelt sich dabei um die 2005 fertiggestellte Habilitationsschrift der Verfasserin, die seit 1994 als Professorin am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Jena lehrt), besteht kein Zweifel, dass die Autorin ein Thema gewählt hat, das auch für einen sozialistischen Kinder- und Jugendverband von Bedeutung ist: Wie entwickeln sich Mädchen in der Übergangszeit vom Kind zum Erwachsenen? Welche Rolle spielen dabei informelle Gruppen (‚Cliquen') von Gleichaltrigen?

Welchen Einfluss nehmen sie auf die Herausbildung (‚Konstruktion') einer Identität dieser Mädchen und Frauen? Welche Konsequenzen ergeben sich für Jugendhilfe und Jugendarbeit?

Im ersten Kapitel gibt die Verfasserin einen Überblick über den Forschungsstand. Dabei berichtet sie über ältere Untersuchungen zur Sozialisation von Mädchen und Frauen und gibt zudem einen Abriss der feministischen Mädchenforschung und ihrer verschiedenen theoretischen und methodischen Zugänge. Im zweiten Kapitel schildert die Verfasserin die Methoden, die sie bei ihren Untersuchungen selbst anwandte. Hierbei ist für sie die Bedeutung und Funktion des ‚Sozialraumes', in denen Mädchen und junge Frauen leben, wesentlich. Ein solcher Sozialraum ist für Jugendliche zum Beispiel die Clique, da sich in ihr ein zeitliches, räumliches und soziales Gefüge zu etwas verbindet, das für die Identitätsfindung und Identitätserprobung von Mädchen und Jungen wichtig sein kann. In der bisherigen Mädchenforschung hatten die informellen Gruppen Gleichaltriger bisher kaum eine Rolle gespielt. Die Verfasserin betritt also auf diesem Felde Neuland. Als Materialbasis zieht die Verfasserin zum einen biografisch orientierte Interviews mit einzelnen Jugendlichen, zum anderen Gruppeninterviews mit Cliquen heran. Im dritten Kapitel werden diese Interviews ausführlich dokumentiert und mit auswertenden Kommentaren der Verfasserin versehen. In den darauf folgenden Kapiteln 4 und 5 arbeitet die Verfasserin die Ergebnisse heraus, die sich aus ihrer Analyse der Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen ergeben.

Zunächst stellt die Verfasserin fest, dass die in den Blick genommenen Cliquen je nach Alter und Entwicklungsstand für die Mädchen unterschiedliche Rollen spielen. Im Übergang von der Kindheit zur Jugend erleben die Mädchen ihre Cliquen vor allem als Experimentierraum, in der sie ihre Möglichkeiten ausprobieren können. In der Jugendphase sind die Cliquen so etwas wie eine Bühne, auf der die Mädchen ihre weibliche Identität erproben und inszenieren, dies durchaus auch im Konflikt und gelegentlich auch leidvoll. Im Übergang zum Erwachsenenalter verlieren die Cliquen an Bedeutung und die jungen Frauen gehen mit ihnen im Sinne einer Individualisierung distanzierter und auswählender um. An diese grundsätzlichen Resultate schließt die Verfasserin eine Vielzahl weiterer Bebachtungen an. So entsteht ein sehr differenziertes Bild von der Bedeutung der Cliquen für die Sozialisation heutiger Mädchen, das sich gegen jede Vereinfachung und gegen jede einseitige Vereinnahmung sperrt und auf das hier nur allgemein verwiesen werden kann. Es ist bemerkenswert, dass sich die Verfasserin dagegen wendet, wissenschaftliche Mädchenforschung und soziale Mädchenarbeit vor allem von den Stichworten ‚Benachteiligungen' und ‚Defizite' her anzugehen. Sie verweist auf das Potential der Mädchen und auf ihre Fähigkeit, sich selbst einen guten Weg im Leben zu suchen. Wissenschaftlich seriös wirkt, dass die Verfasserin darauf aufmerksam macht, dass im Augenblick die Langzeitwirkung von Cliquen-Erfahrungen nicht abgeschätzt werden kann, da entsprechende Untersuchungen, die den Werdegang der erwachsen gewordenen Frauen weiter verfolgen, bisher fehlen. Obgleich die Verfasserin die Koedukation nicht in Frage stellt, plädiert sie sachlich und differenziert dafür, den Mädchen und jungen Frauen in der Jugendhilfe und der Jugendarbeit eigene informelle ‚Sozialräume' zu erhalten und zu schaffen, in denen sie mit Hilfe von adäquat ausgebildeten Erwachsenen ihre Lebensentwürfe ‚konstruieren' können. Diese Aufgabe stellt sich nach Auffassung der Autorin natürlich gleichermaßen für die Jungen und die jungen Männer.

Aus sozialistischer Sicht müsste in dieses Konzept natürlich die ‚soziale Frage', also die Klassenzugehörigkeit von Mädchen und Jungen, und die Organisation von Mädchen und Jungen in den Gruppen des Kinder- und Jugendverbandes mit hineingenommen werden. Auch von daher gesehen lohnt sich die Lektüre dieses zunächst so akademisch wirkenden, aber doch sehr anregenden Buches von Birgit Bütow.

Karl Heinz Lenz

Kriegsprägungen

Hartmut Radebold, Gereon Heuft, Insa Fooken (Hg.), Kindheiten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen und deren Folgen aus psychohistorischer Perspektive, Weinheim, München: Juventa Verlag, 2006, 260 Seiten, ISBN 978-3-7799-1730-4, Preis: 22,50 €

Gerade in Jugendverbänden wechseln die Generationen schnell und jede Generation bringt ihre eigene historische Erfahrung mit, durch die sie den Verband prägen wird. Die Beschäftigung mit den kindheitlichen Prägungen der verschiedenen Generationen von Verbandsmitgliedern ist für die Verbände der Arbeiterjugendbewegung in historischer Hinsicht bislang ein Desiderat. Umso interessanter ist die Auseinandersetzung mit einer Studie wie der vorliegenden, die in einer breit gefächerten Herangehensweise die kindlichen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg zum Thema macht und Methoden vorstellt, die auch einmal an die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung heranzutragen wären.

Dieser Band enthält im Wesentlichen die Beiträge und Themen des internationalen Kongresses "Die Generation der Kriegskinder und ihre Botschaft für Europa, 60 Jahre nach Kriegsende" im April 2005. Dieser Kongress wurde von einer 2002 gegründeten, interdisziplinären und international vernetzten Forschungsgruppe "WeltkriegZweiKindheit" konzipiert und durchgeführt. Diese Arbeitsgruppe repräsentiert ein weites Spektrum unterschiedlicher Wissenschaftsbereiche und -traditionen: Zeitgeschichte, Literaturwissenschaft, Erziehungswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Psychoanalyse, Psychosomatik und Psychiatrie.

Diese breite Fächerung erfährt man auch in der Kongressdokumentation. Trotzdem sind praxisnahe Beiträge doch sehr rar gestreut. Im überwiegenden Anteil der Aufsätze werden uns Untersuchungen vorgestellt über die Auswirkungen von Kriegsflucht und Vertreibung auf die Generation der 1930 bis 1945 Geborenen. Zum Teil mit interessanten Fallbeispielen versehen, wird hier durchaus sehr differenziert nach den Kriegserfahrungen untersucht. In jedem der Vorträge erlebt man einen Bezug auf die Opfer der Verfolgung im Nationalsozialismus und Bemühungen zur Abgrenzung zu diesem Thema. Es ist spürbar, dass alle Beteiligten dieses Kongresses sich der Verführung bewusst sind, dieses Thema könnte zur Relativierung des Opferbegriffes benutzt werden.

Dass nach den Untersuchungen ein Drittel der in der fraglichen Zeit geborenen Menschen unter mehr oder weniger ausgeprägten Traumatisierungen leiden, ist eine Erkenntnis, die besonders in den Wohlfahrtsverbänden sowie bei den Verantwortlichen für Altenhilfe und Altenpflege bekannt sein sollte. Denn auf diesen Bereich kommt in äußerst geballter Form eine Klientel mit speziellen Bedürfnissen zu, für die die heutigen Angebote der stationären Altenhilfe völlig unzureichend sind. An diesem Punkt, den Empfehlungen für die Praxis, wird der Band etwas unbefriedigend. Der Beitrag, der sich auf die Altenpflege bezieht, ist mit zwei Seiten einer der kürzesten und auch nicht von einem Praktiker geschrieben. Eher wurde ich dann schon angesprochen vom Beitrag des Theologen Thomas Zippert, der sehr plastisch und anschaulich die Möglichkeit der verschiedenen Angebote für ehemalige Kriegskinder im kirchlichen Rahmen schildert. Auch die Aufsätze über das deutsch-polnische Verhältnis und die gemeinsame Vergangenheitsbewältigung von Dr. Helga Hirsch enthielten interessante Denkansätze und Informationen, die in die Zukunft wiesen.

Sonja Schlegel

Arbeiterbildung und Sozialstruktur

Adina Lieske, Arbeiterkultur und bürgerliche Kultur in Pilsen und Leipzig, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 2007, 470 Seiten, ISBN 978-3-8012-4169-8, Preis: 38 €

Das vorliegende Buch, bei dem es sich um die 2003 am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin eingereichte Dissertation der Autorin handelt, untersucht kulturelle Institutionen und Praktiken der Arbeiterbewegung in Leipzig und Pilsen im 19. Jahrhundert, wobei der zeitliche Schwerpunkt deutlich auf der Zeit zwischen der

Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg liegt. Schon an dieser Eingrenzung des Untersuchungszeitraums ist erkennbar, dass die Organisationen der Arbeiterjugendbewegung keinen Schwerpunkt dieser Untersuchung darstellen, auch wenn die Jugendbildungsvereine der Leipziger Arbeiterbewegung gelegentlich eine Rolle spielen.

Die Arbeit von Adina Lieske hat jedoch viel eigenes zu bieten, so dass sich die Lektüre auf jeden Fall lohnt. Das gilt auch für ein allein auf die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung beschränktes Interesse, denn die hier vorgelegten Thesen müssen auch zur Interpretation der Geschichte der Arbeiterjugendbildung herangezogen werden.

Dabei kann das Buch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zeit der großen Debatten über die Arbeiterbewegungskultur vorbei ist. Lieske greift die bis in die Weimarer Zeit zurückreichenden, vielfach aus der Selbstverständigung innerhalb der Arbeiterbewegung entstandenen Diskussionen auf, kann aber ihr Thema darin mit einem veränderten methodischen Zugang jenseits ideologischer Gräben verorten. Die alte Frage nach der Bürgerlichkeit der Arbeiter- und Arbeiterbewegungskultur beziehungsweise der Eigenständigkeit der Arbeiterkultur als bewusstem Gegenentwurf zur bürgerlichen Kultur bildet die Hintergrundfolie, vor der auch Lieske operiert. Da die Debatte aber nicht mehr wirklich aktuell ist, kann sie einige der Probleme mit Hilfe der Literatur bewältigen, die auch schon die eine oder andere Kompromissformel bereitstellt. Das Fehlen einer wirklich aktuellen Debatte lässt das Buch manchmal etwas selbstreferentiell erscheinen; im Wesentlichen wird eine bereits bekannte These zugespitzt. Der Zugang Lieskes bleibt jedoch spannend.

Lieske interpretiert die Entwicklung der Arbeiterkultur konsequent vor dem Hintergrund sozialstruktureller Phänomene. Dabei fragt sie im Kern nach Mechanismen sozialer Distinktion und Ausgrenzung und der dadurch verursachten Entstehung separater Öffentlichkeiten. Der Vergleich zwischen Leipzig und Pilsen macht von Anfang an deutlich: Die Rede von *einer* Arbeiterkultur ist nicht länger zulässig. Zwar existierten innerhalb der sozialdemokratischen Vereine in Leipzig wie Pilsen typische Elemente, doch stellte sich die kulturelle Praxis unterschiedlich dar. In Leipzig schottete sich das Bürgertum konsequent von den Arbeitern ab und nutzte die kulturelle Infrastruktur Leipzigs als Element der eigenen Repräsentation und Distinktion. Manche an die Arbeiter gerichteten kulturellen Angebote wie zum Beispiel Vorträge oder die Errichtung von öffentlichen Büchereien dienten dem auch politisch motivierten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Als Gegenreaktion schuf sich die Arbeiterbewegung in Leipzig ein eigenes kulturelles Angebot. Anders in Pilsen: Die kulturelle Trennungslinie verlief hier entlang des Nationalitätenkonflikts zwischen Deutschen und Tschechen. Auch hier waren die - überwiegend tschechischen - Arbeiter nicht schlechthin dem tschechischen Bürgertum gleichgestellt; Klassengrenzen existierten auch hier. Unter dem Eindruck der nationalen Integration richteten sich kulturelle Angebote aber zumeist an alle Tschechen. Entsprechend etablierte auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Pilsen ein eigenes Vereinsleben mit kulturellen Angeboten, doch existierten breitere Kooperationen mit bürgerlichen Institutionen und ein größeres Maß der Partizipation am öffentlichen Leben. Die eigenen Angebote waren zudem viel mehr als in Leipzig auf Unterhaltung ausgerichtet. Am Beispiel des Kinos kann Lieske zeigen, wie abhängig der Umgang mit einem Medium von der gesellschaftlichen Struktur ist. Anders als in Leipzig verfügte in Pilsen das Arbeitervereinshaus über ein eigenes Kino. Hier wurden auch keine Debatten über die soziale Schädlichkeit des neuen Mediums und dessen Bildungsferne geführt, sondern man lud ganz bewusst zu Unterhaltungszwecken in das Kino ein. Das sozialdemokratische Arbeitervereinshaus in Pilsen konkurrierte nämlich direkt mit dem ebenfalls sehr erfolgreichen Angebot des "gelben", wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereins der Škoda-Werke. Da aufgrund der nationalen Integrationsangebote ein in sich gefestigtes und nach außen abgegrenztes sozialdemokratisches Milieu in Pilsen nicht existierte, mussten auch sozialdemokratische Vereine dem Unterhaltungsbedürfnis der Arbeiter genüge tun, um sie an sich zu binden und nicht an die Konkurrenz zu verlieren. Dass sich die Pilsener Arbeiterbewegung aber auf das vorhandene, an Unterhaltungsbedürfnissen ausgerichtete cineastische Angebot einließ, korrespondiert nach Lieske auch mit der Tatsache, dass ein eigener Arbeiterfilm von der tschechischen Arbeiterbewegung nicht entwickelt wurde.

In Leipzig war die Situation anders. Das Verlangen nach Partizipation an den kulturellen Errungenschaften bei der Arbeiterbewegung schlug sich in der Ausbildung einer kulturellen

Gegenlandschaft nieder. Aber auch in diesem Punkt fügt Lieske weitere Differenzierungen ein. Die Betrachtung unterschiedlicher kultureller Praktiken bei der Arbeiterbewegung, die Betrachtung des Umgangs der Arbeiterbewegung mit Bildungsorganisationen, Bibliotheken, Musik und Theatern, Museen und Ausstellungen, Denkmälern und letztlich den Gebäuden des städtischen Kultur- und Gesellschaftslebens, zeigt, dass es je nach kultureller Praxis unterschiedliche Bezugsmöglichkeiten zwischen bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit gab, was die kulturellen Ausdrucksformen jeweils entscheidend prägte. Entsprechend bettet Lieske die Orte proletarischer Kulturarbeit in die Kulturlandschaft der Städte ein und beschreibt, wie sich die proletarischen Kulturinstitutionen zu den bürgerlichen und umgekehrt verhielten, welche Abgrenzungs- und Kooperationshandlungen stattfanden. Vor dem Hintergrund der generell unterschiedlichen Umgangsweisen von Bürgertum und Arbeiterschaft miteinander in Pilsen und Leipzig entsteht so ein Mosaik von unterschiedlichen Öffentlichkeiten, die sich je nach Interessenlage und kultureller Nachfrage bildeten. Die Frage nach dem Bezug der Arbeiter(bewegungs)kultur zur bürgerlichen Kultur muss daher auf mehreren Ebenen beantwortet werden. Die von der Selbstvergewisserung verlangte Eindeutigkeit kann die Geschichtswissenschaft nicht liefern.

Die nun vorhandenen vielen, jeweils nur sektoral gültigen Antworten können hier nicht alle referiert werden. Aber es lassen sich Grundstrukturen feststellen. In Leipzig, wo das Muster sozialer Ab- und Ausgrenzung vorherrschend war, etablierte die Arbeiterbewegung ein ausdifferenziertes Netz eigener Kultureinrichtungen. Diese waren mit den Einrichtungen der bürgerlichen Kulturwelt zumindest über das Moment ideeller Konkurrenz verbunden. Die Arbeiterbewegung strebte danach, die Leistungsfähigkeit der eigenen Einrichtungen unter Beweis zu stellen und damit ihren gleichrangigen Anspruch auf öffentliche Beachtung und gesellschaftlicher Partizipation zu demonstrieren. Das führte nicht selten dazu, dass ästhetische Wertvorstellungen der bürgerlichen Konkurrenzinstitutionen übernommen, jedoch mit eigenen Inhalten gefüllt wurden. Wo sich Ideale nicht verwirklichen ließen, wie im Fall des Arbeitertheaters, neigte die Arbeiterbewegung auch zur Aufgabe der eigenen Institutionen und verwies ihre Mitglieder auf die städtische Einrichtung, wenn diese Kooperationsangebote machte. Im Bibliothekswesen erreichte die Arbeiterbewegung sogar eine Vorbildfunktion gegenüber den öffentlichen Bibliotheken, was zu Gegenreaktionen und letztlich der Begründung der Leipziger Lesehallen führte. Interessant ist, dass das proletarische Bibliothekswesen ganz ähnliche Bildungsaspirationen verfolgte, wie sein öffentliches Pendant: "Schundliteratur", die allein der Unterhaltung diente, war selten zu finden; die Leser sollten durch den Bibliothekar als Ratgeber - und Zensor - zu wertvoller Lektüre angehalten werden. Nicht immer erreichten die Vorstellungen der Kulturfunktionäre das Publikum: Besonders Jugendliche wurden mit Angeboten für Museumsführungen traktiert, doch war das Interesse an bildender Kunst und rein ästhetischer Bildung sehr gering. Hier war es ein anders gelagertes, aus der eigenen Lebenswelt erwachsendes, praktisches Interesse, das die Arbeiterbewegung eigene Ausstellungsformen, v.a. gewerblicher Produkte, finden ließ, weniger die Ausgrenzung durch die bürgerliche Gesellschaft.

Angesichts der reichen empirischen Ergebnisse schmälert es das Verdienst des Buches nicht, wenn nicht alle Erwartungen erfüllt werden. Zu sehr konzentriert sich das Buch auf die Geschichte der Kulturinstitutionen; der stärkere Einbezug des Blicks von unten wäre wünschenswert gewesen. An den wenigen Stellen, an denen Lieske das tut, hilft es zu verstehen, was Ausgrenzung tatsächlich bedeutet. Man bekommt eine Vorstellung davon, wenn etwa zu lesen ist, dass Arbeiter zum ersten Mal unter dem Eindruck der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg ein Konzert des Gewandhausorchesters besuchen konnten: Natürlich nicht zusammen mit den Bürgern, sondern in einer eigenen Aufführung, in einem Saal, aus dem zuvor die Teppiche entfernt und die Sessel mit Schutzhüllen bezogen worden waren und in dem nur die Hälfte der sonstigen Beleuchtung Licht spendete.

Liekes Interesse richtet sich aber letztlich auf eine höhere Abstraktionsebene. Sie will schildern, in welchen Prozessen die konkurrierenden und kooperierenden Öffentlichkeiten ihren Beitrag zur Zivilgesellschaft leisteten. Den Beitrag der Arbeiterbewegung daran steckt sie ab und sie verschweigt auch nicht die eigenen Grenzen der Arbeiterkultur und ihrer Institutionen, die etwa in der Ausschließung von nichtorganisierten Arbeitern liegen oder auch in dem mangelnden Einbezug von Frauen. Insofern bietet Lieske einen spannenden Zugang zu einem alten Thema.

Alexander J. Schwitanski

Naturfreunde, von außen betrachtet

Dagmar Günther, Wandern und Sozialismus. Zur Geschichte des Touristenvereins "Die Naturfreunde" im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Hamburg: Verlag Dr. Kovac, 2003, 138 Seiten, ISBN 3-8300-0841-4, Preis: 68 €

Zu den Schriften, die anlässlich dieser beiden wichtigen Jubiläen zur Geschichte und Entwicklung der Naturfreunde veröffentlicht wurden, gehört auch das Buch von Dagmar Günther, die in der Abteilung Geschichtswissenschaft der Universität Bielefeld tätig ist. Hinter dem flott formulierten Titel des Werkes verbirgt sich eine mit wissenschaftlichem Anspruch erstellte Untersuchung zur Geschichte der Naturfreunde in den vier Jahrzehnten von 1895 bis 1933. Dabei bietet die Verfasserin dem Leser vor allem eine Art Ideengeschichte der Naturfreunde, während der allgemeingeschichtliche Hintergrund und die historische Entwicklung der österreichisch-deutschen Arbeiterbewegung im Allgemeinen und der Naturfreunde im Besonderen als bekannt vorausgesetzt werden. Die Verfasserin behandelt also weniger die Verwicklung der Naturfreunde in die jeweils konkreten Kämpfe jener Zeit, sondern richtet ihren Blick mehr auf das Selbstverständnis der Naturfreunde, also nach ‚innen'. Wie haben die Naturfreunde ihre Tätigkeit selber verstanden, wie haben sie sich selbst eingeordnet?

Für die beiden Jahrzehnte vor dem 1. Weltkrieg präsentiert die Verfasserin ein überraschendes Ergebnis. Ihr scheint der Nachweis zu gelingen, dass sich die Naturfreunde dieser Zeit in starkem Maße als Bestandteil einer durchaus überparteilich und ideal gedachten, ‚alpinen Bewegung' verstanden. Den Naturfreunden zeitlich vorausgegangen war nämlich während der 1860er-Jahre die Bildung österreichischer bürgerlicher Wandervereine, die mit der Gründung des großen Deutsch-Österreichischen Alpenvereins 1873 ihren Höhepunkt fand. Obgleich die Mitglieder der Naturfreunde sich ausschließlich aus Männern und Frauen rekrutierten, die in Sozialdemokratie und Gewerkschaften organisiert waren, scheint der bürgerliche Alpenverein für die rund zwanzig Jahre später entstandenen Naturfreunde als Vorbild gedient zu haben. Die Naturfreunde sahen sich nicht im Gegensatz und im Konflikt mit dem Alpenverein, sondern wollten die ‚alpine Familie', also die harmonisch gedachte Einheit aller alpinen Verbände, um einen Spross aus der Arbeiterbewegung bereichern. In diesem Zusammenhang kann die Verfasserin zeigen, dass auch die Theorie und die Praxis der Naturfreundegruppen sich nicht prinzipiell von denen des Alpenvereins unterschied. Den Naturfreunden der Vorkriegszeit war offenbar in erster Linie daran gelegen, ihren Mitgliedern eine Teilhabe am entstehenden Tourismus und am Genuss der Schönheiten der Natur zu ermöglichen. Dabei suchten die Naturfreunde ausdrücklich die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden. Auch scheinen viele Naturfreunde aus pragmatischen Gründen zur gleichen Zeit Mitglied bürgerlicher Verbände, etwa des Alpenvereins, gewesen zu sein.

Nach den Erfahrungen des 1. Weltkrieges, der Russischen Revolution und der Novemberrevolution kam es in den Jahren der Weimarer Republik zu Veränderungen im Selbstbild der Naturfreunde. Obgleich die Verfasserin den Begriff so nicht verwendet, kann man von einer Politisierung des Touristenvereins sprechen, wobei nicht ganz deutlich wird, wie tiefgehend diese Politisierung bei den Mitgliedern in den Ortsgruppen reichte. Sicher ist jedoch, dass größere Teile des Touristenvereins jetzt zumindest rhetorisch von den bürgerlichen Wandervereinen abrückten und die sozialistische Eigenart der Naturfreunde-Praxis und der Naturfreunde-Ziele deutlicher betonten. Die Verfasserin zeichnet nach, wie die Naturfreunde versuchten, in den Bereichen des Sports - besonders bei Skilauf und Leistungsalpinismus -, beim Wandern (‚Soziales Wandern'), in den eigenen Vereinshäusern sowie in der Art des Naturerlebens, der Naturerkenntnis und des Naturschutzes, eigene, von den bürgerlichen Verbänden unabhängige Positionen, zu formulieren. Die Verfasserin kann zeigen, dass es trotz dieses Bemühens um Profilierung oft bei formelhaften Kompromissen blieb, bei denen ein Spagat zwischen dem Wunsch nach Teilhabe am Hier und Jetzt und einer Ausrichtung am ‘sozialistischen Endziel’ versucht werden musste. Es wird deutlich, dass die österreichischen und süddeutschen Gaue, die allein schon durch ihre geografische Lage mit dem traditionellen Alpinismus verbunden waren, dem vorkriegszeitlichen Selbstbild der Naturfreunde mehrheitlich weiter anhingen. Die von Kommunisten getragene, linke Opposition

fand bei den Naturfreunden nur in den Gauen Mittel- und Norddeutschlands - also in den vergleichsweise mitgliederschwachen Regionen - eine breitere Unterstützung.
Bei dem hier angezeigten Buch, das mit knapp 140 Seiten nicht zu den dicken Wälzern zählt, handelt es sich möglicherweise um ein Nebenprodukt einer größeren Untersuchung zum bürgerlichen Alpinismus, die die Verfasserin bereits vor einigen Jahren vorgelegt hat (Alpine Quergänge. Kulturgeschichte des bürgerlichen Alpinismus (1870-1930), Frankfurt, New York 1998). Das Interesse, das das Buch über die Naturfreunde zu Recht beanspruchen kann, rührt auch daher, dass es sich offenbar um einen ‚Blick von außen' handelt und nicht um Forschungen von Personen, die in einer späteren Zeit selbst Teil der Naturfreundebewegung waren und sozusagen als 'Insider' - möglicherweise verklärend - zurückschauen. Den Publikationen dieser ‚Insider' aus den 1980er- und 1990er-Jahren widmet die Verfasserin einige polemische Seitenhiebe, leider ohne nähere inhaltliche Erläuterungen.
Nicht nur dem Rezensenten, sondern auch den heutigen Naturfreunden scheint das Werk zu gefallen, da deren Mitgliedermagazin NaturfreundIn es allen Ortsgruppen zur Anschaffung empfahl. Der viel zu hohe Preis des Buches dürfte diesem Wunsch aber Grenzen setzen. Schließlich regt das Buch von Dagmar Günther zu der Frage an, ob der hier praktizierte 'Blick von außen' nicht auch für die weitere, zukünftige Aufarbeitung der Geschichte der SJD - "Die Falken" und deren Vorgängerorganisationen fruchtbar sein könnte.

Karl Heinz Lenz

Neu im Online-Shop des Archivs

Schriften und Reden von Rosa Luxemburg auf CD-Rom: sämtliche Hauptwerke, Briefe und weitere 300 Reden und sonstige Texte

Jetzt erhältlich auf www.arbeiterjugend.de

Mitgliederrabatt für Mitglieder des Förderkreises "Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung"!